

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1/4 Sgr. für die fünfgepalte Beile oder deren Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 19. Dezember. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Steuereinknehmer Mäschter zu Bessenberg im Kreise Wartenberg den Roten Adlerorden 4. Kl., sowie dem Geh. Finanzrath Samet zu Berlin den Charakter als Geh. Ober-Finanzrath; und den Regierungss. Sekretären Neete zu Bromberg und Denzin zu Breslau den Charakter als Rechnungsrath, und dem Regierungss. Sekretär Schönauer zu Gumbinnen den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 20. Dezember, Nachmittags. Unterhaus. Der Gesetzentwurf, betreffend die Steuer- und Zollrestitution bei Ausfuhr von Zucker und Spiritus, wurde mit der vom Ausschusse beantragten Abänderung, daß das Gesetz erst am 1. April k. J. in Kraft treten solle, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Herrenhaus. Fortsetzung der Berathung über das Staatsschuldengesetz. Freiherr v. Hof berichtet über den gestern ausgearbeiteten Paragraphen 5. Die Differenzen zwischen den beiderseitigen Ministerien seien durch Aenderung der Fassung dieses Paragraphen gelöst worden. Die vorgenommenen Aenderungen bezwecken eine Ausdehnung der solidarischen Garantie beider Reichshälften auch auf die Münzscheine; sie drücken ferner in deutlicherer Weise die Garantie für die Staatsnoten und Salinenscheine aus, indem von ersteren der Betrag von 312 Millionen namhaft gemacht wird. Paragraph 5 wurde darauf in der neuen Fassung debattenlos angenommen. Desgleichen wurde das ganze Staatsschuldengesetz, das Quotengesetz, so wie der Zoll- und Handelsvertrag mit Ungarn in dritter Lesung einstimmig genehmigt. Bei dem Handelsvertrage wurde noch ein Zusatzantrag angenommen, durch welchen die Regierung aufgefordert wurde, hinsichtlich der Freizügigkeit, so wie der gleichen Verrechtigung aller Bürger und der Unterstützung der Rechtspflege in beiden Reichshälften ein Uebereinkommen mit Ungarn auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande zu bringen.

Wien, 20. Dezember Nachmittags. Gutem Vernehmen nach wird die tschechische Deputation aus Prag, welche über die Verletzung der Gemeinde-Autonomie Seitens der Statthalterei Beschwerde zu führen beabsichtigt, vom Kaiser nicht empfangen werden.

Unter den Kandidaten für das Präsidium des Abgeordnetenhauses wird Herr von Plener in erster Linie genannt. Im Wiederwählerbezirk ist Professor Klesinsky in den Landtag gewählt.

Wien, 20. Dez. Abends. Die Abendnummer des „Neuen Fremdenblattes“ vernimmt, daß gegenwärtig Berathungen über die Reorganisation des Staatsrathes stattfinden.

Pest, 20. Dezbr., Mittags. Unterhaus. In der heutigen Sitzung wurde das Indemnitätsgesetz und das Gesetz, betreffend die staatsbürgerliche Gleichstellung der Israeliten in Ungarn, unverändert und ohne Debatte angenommen.

Triest, 20. Dezember, Morgens. Nachrichten der Levante-Post. Athen, 14. Dezember. Bei der Debatte in der Kammer über die Interpellation wegen der innern und auswärtigen Politik der Regierung siegte das Ministerium mit 105 gegen 52 Stimmen.

Konstantinopel, 14. Dezember. Der mit der Ueberwachung des Drucks der Staatsobligationen betraute Valide Effendi ist wegen Ausgabe gefälschter Obligationen und Kupons verhaftet.

Die Gerichte von bevorstehenden Ministerveränderungen gewinnen an Bestand. Es sollen der bisherige General-Gouverneur von Syrien Raschid-Pascha zum Handelsminister und Rami-Pascha, der bisherige General-Gouverneur von Bagdad, zum Kriegsminister designirt sein. An die Stelle des letzteren würde Savfet-Pascha treten.

Smyrna, 14. Dezember. Das Journal „Impartial“ meldet, die Königin Olga von Griechenland habe aus Privatmitteln drei russische Fahrzeuge mit Proviant und Munition zur Unterstützung der kretensischen Insurgenten ausgerüstet.

München, 20. Dezember Mittags. Die Abgeordnetenkammer hat den Beschluß der Kammer der Reichsräthe, daß zum Handel mit Erzeugnissen der Presse eine Konzeption notwendig sein solle, und diese unter Umständen wieder entzogen werden könne, mit großer Majorität abgelehnt.

Hamburg, 20. Dezember Morgens. Das Saldo der hiesigen Bank hat um 130,000 Mark Banko zugenommen.

London, 20. Dez. Morgens. Wiederum ist einer der bei der Explosion von Clerkenwell Verwundeten im Hospital gestorben.

London, 20. Dezember, Morgens. Heute wurden viele Personen als angebliche Fenierhäupter verhaftet. — Die Zahl derer, welche sich zum freiwilligen Konstablerdienst gemeldet haben, ist bereits sehr groß; dieselben werden gleich den andern Sicherheitsbeamten vereidigt. — Der Adjutant des Kronprinzen von Preußen, Graf zu Eulenburg, ist nach Berlin wieder abgereist. — Frostwetter.

Dresden, 20. Dezember, Nachmitt. Eine Wiener Korrespondenz des „Dresdner Journals“ sagt: Der jüngste Artikel des „Russischen Invalide“ über ein österreichisch-französisches Einverständnis in der orientalischen Frage sei das Zeichen einer starken Verstimmung in den russischen Regierungskreisen. Die Ursache dieser Verstimmung sei in dem Fehlschlagen eines politischen Kalküls bezüglich der orientalischen Frage zu suchen. Die französische Regierung sei auf diesen Kalkül nicht eingegangen, sondern habe dem russischen Kabinett erklärt, daß sie verpflichtet sei, in orientalischen Angelegenheiten auf einer Linie mit Oesterreich sich zu bewegen.

Paris, 20. Dez., Morgens. Der „Moniteur“ bestätigt die aus brasilianischer Quelle bereits übermittelten Nachrichten über die letzten Ereignisse auf dem La Plata-Kriegsschauplatz. Die Paraguiten überraschten am 3. November das Lager von Tuyuti,

zerstörten ein Magazin und vernagelten mehrere Kanonen, wurden dann aber von den Brasilianern angegriffen und mit sehr großem Verluste zurückgeworfen.

Paris, 20. Dezember, Nachm. Gesetzgebender Körper. Debatte über das Armeegesetz. Maurice Richard spricht sich auf das Entschiedenste gegen die Vorlage aus, deren Annahme unzweifelhaft einen Krieg nach sich ziehen würde. Liegeard vertheidigte das Gesetz.

„France“ bestreitet, daß die Reise des Baron Budberg nach Petersburg einen politischen Grund habe.

Das gegen den Redakteur Peyrat ergangene Urtheil ist in zweiter Instanz bestätigt worden.

— Gesetzgebender Körper. Pelletan bringt eine Interpellation ein, betreffend das neuerdings erlassene Circular des Polizeipräfekten an die Polizeikommissare. — In der heute fortgesetzten Diskussion über das Armeegesetz sprach sich Latour Dumoulin für die Vorlage aus, welche durch die Vermehrung der Armeen der anderen Mächte, und namentlich Preußens, hinreichend motivirt sei.

Madrid, 19. Dez., Abends. Die halbamtlichen Zeitungen bezeichnen das Gerücht, Spanien wolle Kuba und Portoriko an die Vereinigten Staaten verkaufen, als ungereimt und vollständig aus der Luft gegriffen.

Haag, 19. Dezember, Abends. Die erste Kammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung einstimmig die provisorischen Kreditforderungen für das Jahr 1868. Die Gerüchte über eine bevorstehende Auflösung der zweiten Kammer erhalten sich, bedürfen jedoch noch der Bestätigung.

Rom, 20. Dezember. Kardinal Ugolini ist gestorben. Der Papst hielt ein geheimes Konfistorium ab; nach der Allokution, deren Inhalt unbekannt geblieben, wurden mehrere Prälaten präkonisirt.

Die Vorlage über die Volksschule

ist endlich erschienen und es darf gehofft werden, daß mit ihrer Annahme durch den Landtag dem bestehenden Provisorium ein Ende gemacht werden wird; denn daß die Regulative nur ein Provisorium bilden sollten, ist aus den wiederholten Erklärungen des Kultusministers klar. Was Gutes an ihnen ist, kann in das neue Gesetz übergehen, und wir gehören nicht zu denen, welche ihnen alles Gute absprechen oder ihnen gar ausschließlich die Rückschritte unserer Volksschule aufbürden. Aber wir wollten, daß ein Schulgesetz durch die Volksschule vertreten werde, um so von vornherein den Stempel einer unbefangenen und allseitigen Würdigung der wichtigen Beziehungen zu tragen, in welche ein solches Gesetz eingreift. Uns sind in der neuen Vorlage zunächst die §§. 6, 7. und 8. aufgetaucht, welche es mit dem konfessionellen Charakter der Schule zu thun haben. §. 6. nämlich bestimmt: denjenigen öffentlichen Volksschulen, welche einen konfessionellen Charakter haben, verbleibt derselbe, und §. 7.: Ist der konfessionelle Charakter einer Schule nicht bestimmt, so dürfen an den einklassigen Elementarschulen bei eintretender Vakanz nur Lehrer desjenigen Religionsbekenntnisses angestellt werden, welchem zur Zeit der Wiederbesetzung die Mehrheit der zur Schule gewiesenen Kinder angehört. Bei mehrklassigen öffentlichen Volksschulen können in diesem Falle Lehrer verschiedenen Bekenntnisses nach dem Verhältniß der Konfessionen in dem Schulbezirke an den verschiedenen Klassen angestellt werden. §. 8. Neu errichtete öffentliche Volksschulen sollen in der Regel evangelische oder katholische sein. Wo eine ausreichende Zahl von jüdischen Kindern vorhanden ist, können auch jüdische Elementarschulen mit den Rechten öffentlicher Volksschulen errichtet werden.

Einen kleinen Fortschritt gegen das durch Art. 24 der Verf.-U. angenommene Konfessionsprinzip glauben wir in den vorstehenden Bestimmungen schon zu entdecken; es scheint aber, daß den Gemeinden, welchen die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule zu steht, in Betreff der konfessionellen Verhältnisse ein noch größerer Spielraum gewährt werden könnte.

Es ist bekannt, daß Art. 24 der Verf.-U. seine jetzige Fassung erst durch die Revision erhalten hat, daß Art. 21 des Verfassungs-Entwurfs vom 5. Dezember 1848 des konfessionellen Charakters der Schule gar nicht gedachte, und nur die Bestimmung eingefügt war, wonach der Religionsunterricht in der Volksschule von den betreffenden Religionsgesellschaften zu leiten. Indes sind durch diese Fassung Abweichungen möglich, und wir haben sie thatsächlich. Der neue Gesetzentwurf demnach kann ohne Verfassungsänderung ein gesunderes Prinzip in der Volksschule durchführen, er kann den Gemeinden überlassen, nichtkonfessionelle Schulen zu errichten; denn ob die Errichtung konfessioneller Schulen ihren äußeren Verhältnissen nach möglich oder nicht, mühte wohl von Rechts wegen ihrem Urtheile unterworfen werden. In dieser Beziehung ist die Bestimmung des §. 6 von Bedeutung, welche den Ministern des Innern ermächtigt, einer bestehenden Konfessionsschule die Rechte einer öffentlichen Schule zu entziehen, wenn die Zahl der dieselbe besuchenden Kinder der betreffenden Konfession drei Jahre nach einander weniger als zwanzig betragen hat. Es kann damit die Zersplitterung der materiellen Kraft, welche der Gemeinde für die Erhaltung ihres Schulwesens zu Gebote steht, verhütet werden; oft ist aber die materielle Armuth der Gemeinde der wirksamste Antrieb, von der Trennung der Schule nach Konfessionen abzulehen, und da der Staat den Gemeinden neuerdings große Opfer auferlegt hat für die Dotirung der Lehrer, so wird er andererseits auf die Verringerung ihrer Schullasten Bedacht zu nehmen, wenigstens ihnen selbst darin nicht hindernd entgegenzutreten haben.

Auch durch §. 9. der Vorlage ist das starre Konfessionsprinzip durchbrochen. „Keinem Kinde darf der Besuch der öffentlichen Volks-

schule wegen Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses verweigert werden“ — eine Bestimmung, welche faktisch längst vor der Verfassung gegolten hat, und eine sehr notwendige Bestimmung, schon aus dem äußerlichen Grunde, weil sie dort, wo Konfessionsschulen neben einander bestehen, den Wettstreit derselben zu beleben, geeignet ist.

Wenn wir also im Wesentlichen die Bestimmungen der Vorlage als ein Zugeständniß an die unbefangene Richtung der Zeit begrüßen, so müssen wir jedoch vor §. 6. derselben stehen bleiben und fragen, wozu? Die kategorische Bestimmung, „denjenigen öffentlichen Volksschulen, welche einen konfessionellen Charakter haben, verbleibt derselbe“ — soll sie in alle Ewigkeit gelten? Die Bestimmung ist bedenklich; denn entweder die äußern Verhältnisse der Gemeinde können sich so ändern, daß sie nicht in der Lage ist, mehrere Schulen neben einander zu erhalten, oder so, daß sie ihrem Schulwesen beträchtliche Verbesserungen angedeihen lassen, also mehrklassige Schulen einrichten lassen kann. Will nun der Staat solche Gemeinden im ersten Falle zwingen, ihre geringen Kräfte zu verzetteln oder im zweiten, auf die Vortheile einer mehrklassigen Volksschule zu verzichten, bloß darum, weil ihre Schulen einmal den konfessionellen Charakter haben? Eine Verklammerung des Schulwesens kann nicht die Tendenz des neuen Gesetzes sein. Der §. müßte daher umgekehrt lauten: Denjenigen Schulen, welche einen nicht konfessionellen Charakter haben, verbleibt derselbe; wogegen eine Bestimmung sehr am Orte wäre, welche die von der Gemeinde vorzunehmende Trennung der simultanen Volksschule in eine konfessionelle von der Genehmigung der Staatsbehörden abhängig macht, damit nicht etwa durch bloß momentane konfessionelle Zersplitterungen tiefgreifende Veränderungen in der Schule hervorgerufen werden, welche sich hinterher als beklagenswerth herausstellen.

Deutschland.

Preußen. P. Berlin, 20. Dezbr. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses verlief unter Berathung des Etats der landwirthschaftlichen Angelegenheiten ziemlich geschäftsmäßig, wie es immer bei diesem Theile der Budgetberathung der Fall war. Nicht ganz unerwartet kam dem Hause die Auseinandersetzung über das Verhalten der Regierung angesichts der Unmöglichkeit, ein Etatsgesetz bis zum Beginn des Etatsjahres zu Stande zu bringen, sobald man den Ministerpräsidenten eintreten sah. Schon gestern Abend hatte man erfahren, daß die Regierung beschloßen habe, kein Kreditgesetz zur Führung der Verwaltung in den ersten drei Monaten des Etatsjahres einzubringen, sondern in der Schlußberathung ein förmliches Indemnitätsgesetz einzubringen. Nun war allerdings die betreffende Erklärung des Ministerpräsidenten vorsichtig gefaßt, das Wort Indemnität wurde, wenn auch mit großer Gewandtheit, umschrieben und es war zu erwarten, daß es ohne eine Rundgebung von Seiten des Hauses nicht abgehen würde. Der Abg. Twetten gab der Stimmung der Majorität des Hauses Ausdruck, welche nun einmal die Einbringung eines Kreditgesetzes für den korrekten Weg hält. Sedenfalls würde eine Verlegung des Etatsjahres, wie sie allerdings von Twetten und dem früheren Abg. Michaelis (jetzt Rath im Bundes-Kanzleramt) beantragt worden war, allen jetzigen und künftigen derartigen Verlegenheiten ein Ende machen. Die bürokratischen Bedenken des Abg. v. Patow werden wohl weichen müssen, wie andere bürokratische auch.

Das Herrenhaus erledigte heute in dreistündiger Sitzung sieben Nummern der Tagesordnung und damit Alles, was ihm an Arbeiten vorlag bis auf das Schulgesetz. Mehr kann man nicht verlangen. — Mit großer Spannung sieht man dem Ausgange der heute Abend stattfindenden Budget-Kommissions-Berathung entgegen, welche zur Abstimmung über den hannoverschen Provinzialfond führen soll. Die gestrige Berathung war im Wesentlichen nur eine Wiederholung der vorhergehenden. Noch einmal betonte Graf Bischoff die politische Seite der Vorlage und wies darauf hin, wie deren Annahme gewissermaßen eine Pflicht der Landesvertretung sei, wie andererseits die Ablehnung der nationalen Partei den Boden in Hannover entziehen, der partikularistischen dagegen neuen Anhalt bieten würde. — Der Minister des Innern dagegen beschränkte sich auf den Nachweis, daß die übrigen Provinzen ein Recht, gleichfalls Provinzialfonds zu erhalten, nicht geltend machen könnten. Die Debatte drehte sich um die Amendements und um die Frage über die Verpflichtung des Staats und der Provinz über Bestreitung der Kosten zu den vorhandenen allgemeinen Bedürfnissen. — Im Hause betrachtet man das Gesetz als das wichtigste der Session. Die Freunde der Vorlage — abgesehen von den Angehörigen der neuen Provinzen — betrachten dieselbe als eine Sache der Billigkeit, nachdem die Absicht der Regierung auf Personalunion der neuen Landestheile verworfen und von jenen das preussische Regiment mit allen Lasten übernommen worden. Abgesehen von der nationalen Seite, mit welcher die Erhaltung der nationalen Abgeordneten aus Hannover (32 an Zahl) verknüpft ist, sieht man in der Vorlage den Beginn zu einem Selbstverwaltungssystem, das nicht ohne wohlthätige Wirkung auf die übrigen Provinzen bleiben könnte. — Das Gerücht, wonach die Abgeordneten aus Hannover nach Ablehnung des Provinzialfonds ihr Mandat niederzulegen entschlossen wären, wird uns als irrtümlich bezeichnet. Es hat noch gar keine Besprechung der hannoverschen Abgeordneten stattgefunden, mithin ist also ein derartiger Beschluß unmöglich.

— Nach verbürgter Mittheilung aus authentischer Quelle können wir melden, daß der Herzog Adolph zu Nassau an der hiesigen Börse seit einigen Tagen die ihm als Ausgleichungs-Summe gewährten 4 1/2 prozentigen Staatsanleihe verkaufen

läßt. Es scheint der Herr Herzog ein vorsichtiger Mann geworden zu sein. Einigermassen erklärt sich auch die Eile, welche, wie zur Zeit von ministerieller Seite in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses war hervorgehoben worden, der Herzog an den Tag legte, das Geld zu erhalten. — Die Nachricht von der, vor zwei Jahren von hannoverscher Seite bekanntlich zurückgewiesenen, jetzt aber wieder acceptirten Verlobung der ältesten Tochter König Georgs V. mit dem Prinzen von Dranien wird als richtig bezeichnet. — Die Verträge mit den depofitirten Fürsten werden den Landtag in der ersten Woche nach den Ferien beschäftigen. Dem mehrfach erwähnten Antrag des Abg. v. Sybel stellen ministerielle Abgeordnete insofern Zweifel entgegen, als sie meinen, der König Georg werde auf den Passus wegen Braunschweigs nicht eingehen. Natürlich ist die Annahme des Antrags deshalb um so sicherer.

Die „Süddeutsche Presse“ beschäftigt sich mit der österreichischen Finanzlage und kommt zu dem Resultat, die Alternative für Oesterreich sei die, daß dasselbe entweder entwaffnen oder Bankrott erklären müsse und daher den Bankrott vermeiden könne, sobald es selbst nur aufrichtig den Frieden wolle. Es ist, bemerkt dazu die „N. A. Z.“ uns diese Ansicht, die schon öfter ausgesprochen worden ist, um deswillen hier von Interesse, weil wir sie in einem Drang finden, dessen Beziehungen zu den leitenden Kreisen in Wien nicht unerheblich sind, und weil die Motivierung von dieser Seite her ihre besondere Wichtigkeit hat. In dieser Beziehung führt die „Presse“ aus:

„Wer den Krieg will, wird nicht an den Frieden glauben, und es wird ihm leicht, den Sachverhalt umzukehren, nichts für den Frieden zu thun, weil nicht an den Frieden geglaubt wird. Noch immer beherrscht diese Art der Beurtheilung die ganze Auffassung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Preußen, wovon alles übrige abhängt. An dem Tage, an welchem man in Wien sich von jedem Gelüste befreit hat, ein letztes Mal auf dem Schlachtfelde das Schicksal auf die Probe zu stellen: — an dem Tage, an welchem man in Wien bei den ruhmreichen inneren Reformen die man begonnen, nicht so sehr an die Bedingung äußerer Machtübung wie an die Grundlagen innerer Blüthe und inneren Glückes zu denken anfängt: — an dem Tage, an welchem man in Wien im geheimsten Winkel des Herzens aufgehört hat, auf den Krieg zu hoffen: — an dem nämlichen Tage wird man auch in Wien aufgehört haben an den Krieg als an eine unvermeidliche Nothwendigkeit zu glauben, an dem nämlichen Tage wird man anfangen es für möglich zu halten, daß Preußen nicht Oesterreich zerstören will; und man wird es für möglich zu halten beginnen, daß die Entwaffnung statt des Bankrottes den Ausweg aus den Schwierigkeiten der Finanzlage biete.“

Nach dieser sehr bemerkenswerthen Darlegung tritt die „Presse“ jenen entgegen, welche fortwährend von einem Angriffskriege Oesterreichs gegen Preußens reden und sagt in dieser Beziehung:

„Von Preußen geschieht ein solcher Angriff nicht und von Oesterreich kann er nicht geschehen, sowie Oesterreich sich mit Preußen verständigt hat. Oesterreich verzichte auf jede Einsprache in eine weitere Entwicklung der deutschen Verhältnisse, und die Verständigung ist unzweifelhaft und auf sicherer Grundlage hergestellt.“

Erst nach der Verständigung und durch die Verständigung mit Preußen kann ein zuverlässiges Verhältniß Oesterreichs mit Frankreich hergestellt werden. Dadurch würde aber allerdings der Friede erhalten und die Entwaffnung möglich gemacht.“

Die in Gemäßheit des Art. 55. der Verfassung des Norddeutschen Bundes eingeführte Flagge für Kriegs- und Handelschiffe ist auch von Oesterreich anerkannt worden. Das Kriegsministerium in Wien hat alle ihm untergeordneten Behörden angewiesen, derselben im internationalen Verkehr alle jene Rücksichten zu erweisen, welche früher der Flagge der einzelnen nun im Bunde vereinigten Länder erwiesen wurden und einer befreundeten Macht überhaupt zukommen.

Danzig, 20. Dezember. Die aus dem Oberbürgermeister v. Winter und den Kommerzienräthen Goldschmidt und Bischoff bestehende Deputation, welche in Angelegenheiten des Eisenbahnprojektes St. Eylau-Marienburg nach Berlin gereist war, ist heute hierher zurückgekehrt. Dieselbe hat eine Petition an das Staatsministerium und den Landtag gerichtet, welche demnächst im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung kommen wird.

Thorn, 19. Dezember. Nach der Volkszählung vom 3. d. M. beträgt die Zahl der bewohnten Häuser 1263 inkl. 510 Kähnen, der Haushaltungen 3132, der ausgegebenen Zählungslisten 2686, der Instalten 28, der Civilbewohner inkl. der in der Stadt wohnenden Militärs 14,921, des Militärs 1581, also in Summa 16,502. Hierzu kommen noch die hierorts domicilirenden Schiffer nebst Fa-

milien, circa 500 Seelen, welche 1864, jetzt aber nicht mitgezählt worden sind.

Sachsen. Dresden, 18. Dezember. Die sächsischen Kammern fahren in ihrer bequemen Weise fort, die Angelegenheiten des Landes zu verhandeln. Die zuletzt gepflogenen Verhandlungen waren ohne erhebliches Interesse, da sie meist nur untergeordneten Dingen galten und in der Debatte geringe Theilnahme erregten. Mit Nächstem dürfte sich das jedoch einigermassen ändern, da man über die Einführung von Geschworenen zu diskutieren haben wird.

Der Geburtstag des Königs Johann (am 12. Dez.) ist in der üblichen ziemlich stillen Weise vorübergegangen. Die Rede, welche der französische Gesandte, Baron Fothergill, auf dem Diner gehalten, welches vom Staatsminister von Friesen aus Anlass eben jenes Geburtstages gegeben wurde, soll nach der „Köln. Ztg.“ in der hiesigen Diplomatie großes Aufsehen gemacht haben. Daß das indeß keinesweges der Fall, können wir aufs Bestimmteste versichern. Der Toast war in jeder Beziehung unversänglich und ziemlich nichtsagend. Ihm eine politische Bedeutung verleihen, heißt eine Mühe zum Elephanten machen.

Ueber die feierliche Enthüllung des dem hier verstorbenen preussischen Generalleutnant v. Kamiensky gewidmeten Denkmals haben die Blätter mit Recht viel Schönes berichtet. Der sächsische Kronprinz wohnte der Feier bei und lud die hierher abgeseordneten preussischen Offiziere nachher zu sich zum Diner. Die Geladenen haben sich über das kameradschaftliche und taktvolle Benehmen des Prinzen bei dieser Gelegenheit höchst erfreut geäußert, wie sie denn auch von dem lebenswürdigen Verhalten der Kronprinzessin sich entzückt erklärten.

Uebrigens mag bei dieser Gelegenheit auch gleich erwähnt sein, daß hier lebende Preußen mit dem Gedanken umgehen, eine Subscription zu veranstalten, durch deren Ergebnis man den hier in den Lazarethen verstorbenen preussischen Soldaten ein Denkmal zu errichten beabsichtigt, wie es den an ihren Wunden erlegenen sächsischen Soldaten kürzlich hier zu Theil geworden.

Als kurioses Seitenstück dazu mag ein Aufruf eine Stelle finden, der seit einigen Tagen in den hiesigen Blättern steht und folgendermaßen lautet:

An die hier lebenden Hannoveraner.
Am 18. Februar feiert unsere theure Königsfamilie den Tag ihrer silbernen Hochzeit. Es bedarf vielleicht nur dieser Hinweisung, um alle hier lebenden Hannoveraner sich in Betreff einer Liebesgabe mit dem Unterzeichneten zu vereinigen, zu welcher Beiträge sehr gern von demselben in Empfang genommen werden.

Wilhelm Hartmann, Bergstr. Nr. 38., I.

Die Berufung des Grafen Platen von Hannover zum Theater-Intendanten hier in Dresden, das Eintreten mehrerer hannoverscher Offiziere in die sächsische Armee, das ganze frühere Verhalten Sachsens gegen Preußen — das alles hat nämlich ein ziemlich massenhaftes Ueberfiedeln von Hannoveranern nach Dresden zur Folge gehabt, die nun glauben, mit ihrem Wessenthum ungeachtet hervortreten zu dürfen.

Man wird sie vorerst in diesem Vergnügen nicht stören. Es ist unschuldig genug, so demonstrativ man es auch immer machen mag.

Die Handels- und Gewerbekammer zu Leipzig hatte sich auf Anregung mehrerer Gewerbevereine bei der Regierung für Erlassung eines Gesetzes verwendet, durch welches die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet würden, für die bei Bahnunfällen Verunglückten nach zu normirenden Bestimmungen zu sorgen. Die Regierung hat sich diesem Ansinnen nicht abgeneigt erwiesen und anerkannt, daß sich eine baldige gesetzliche Regulirung der den Eisenbahnunternehmungen zc. aus dem Personaltransport entstehenden Verbindlichkeiten unverkennbar als dringend wünschenswerth darstelle. Da jedoch, gab sie zu erwägen, nach Art. 4 Nr. 13 der Verfassung des Norddeutschen Bundes das Obligationen- und Handelsrecht und nach Nr. 8 das Eisenbahnwesen im allgemeinen der Gesetzgebung des Bundes überwiesen sei, so erscheine es unthunlich, diese Angelegenheit für das Königreich Sachsen allein gesetzlich zu ordnen. Andererseits lasse sich nicht zweifeln, daß dieselbe in nicht ferner Zeit von den Bundesorganen zum Gegenstand ihrer Thätigkeit gemacht werden würde.

Die orkanähnlichen Stürme, die in letzter Zeit an vielen Theilen der Erde gewüthet, haben sich auch hier oft sehr unliebsam bemerkbar gemacht. Umgeworfene Bäume, abgehobene Dächer und dergleichen sind häufig vorgekommen. Neulich sahen wir einen Herrn, unter dessen Regenschirm sich der Wind verfang, im wahren Sinne des Wortes der Erde entrückt. Er ward mehrere Fuß vom Boden

in die Höhe gehoben, bis der Stoc des Schirms brach und letzterer hoch über die Häuser, in tausend Fetzen zerpalten, hinwegtrieb.

Ein junger Mann, der neulich bei Glatteis mit Gummischuhen ging, schlug so unglücklich nieder, daß er auf dem Flecke todt blieb. Eine Rückenmark- und Gehirnerschütterung hatte ihn getödtet.

Die Leipziger Nachrichten theilen unterm 18. Dezbr. mit: Dem Vernehmen nach sind in hiesigen Kreisen sehr namhafte Summen gezeichnet worden, um den Unteroffizieren und Mannschaften des 52. Regiments vor ihrem Abmarsche Feste in mehreren der größten Etablissements unserer Stadt zu geben. Dieser Abmarsch soll nach den bisherigen Befehlen für das Füsilierbataillon am 27. Dezbr. über Eilenburg, für das 1. Bataillon am 29. d. M. auf derselben Route und für das 2. Bataillon am nämlichen Tage über Burgen stattfinden.

Oesterreich.

Wien, 19. Dez. Gestern Morgen hieß es, Fürst Carl von Auersperg habe die Bildung eines Ministeriums abgelehnt und Dr. Giskra sei mit der Bildung des Kabinetts betraut worden. Im Laufe des Tages trat aber die Nachricht, daß der Erstere Präsident, der Letztere Minister des Innern im neuen cisleithanischen Ministerium sei, mit Sicherheit auf. Der Widerspruch beider Nachrichten wird von der „Debatte“ in ziemlich wahrscheinlicher Weise folgendermaßen erklärt: Fürst C. Auersperg hat nicht die Bildung eines Ministeriums, aber wohl die Verhandlungen mit der Majorität des Abgeordnetenhauses abgelehnt und dieselben an Giskra überlassen. Der Letztere ist demnach faktisch mit der Konstituierung des Kabinetts betraut, ohne jedoch dazu als künftiger Ministerpräsident berufen zu sein. Ihm selbst scheint das Portefeuille des Innern ziemlich sicher zu sein. Der Kaiser soll zwar den Wunsch ausgesprochen haben, daß dem Grafen Taaffe das Ministerium des Innern auch fernerhin bleibe. Der Graf ist nicht nur eine in den höheren Gesellschaftskreisen sehr beliebte Persönlichkeit und steht bei dem Kaiser in großer Gunst, sondern er hat sich auch um das Ministerium und Beust nicht wenig verdient gemacht, da er einer der eifrigsten Förderer des Ausgleichs ist und viel dazu beigetragen hat, daß die Lösung mehrerer bedenklicher Verfassungsfragen, ohne größere Schwierigkeiten von einflussreicher Seite her zu finden, stattfinden konnte. Der Graf soll aber, damit Giskra in das Ministerium des Innern eintreten könne, zur Gründung des Ackerbau-Ministeriums berufen sein und in der Ernennung zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten seine bürokratische Genugthuung erhalten. Durch den Eintritt Giskra's ins Ministerium glaubt man diesem seinen parlamentarischen Charakter in dem Grade gesichert zu haben, daß es auf ein Paar Bureaukraten des alten Schlags im Kabinet nicht mehr ankommt. Hye, sagt man, behält das Justizministerium; wie die Portefeuilles des Unterrichts, Handels und der Finanzen untergebracht werden, darüber ist noch nichts bestimmt. Herbst, den die Freunde eines parlamentarischen Ministeriums durchaus für die Finanzen pressen wollten, ist hartnäckig ausgewichen. Er scheint vor der Bewährung in der Praxis doch einige Bange zu haben und sich nur in der drausenstehenden Beurtheilung der Dinge wohl und behaglich zu fühlen.

Großbritannien und Irland.

Plymouth, 19. Dezember, Vormittags. (Z. B. f. N.) Die preussische Kriegs-Korvette „Augusta“ ist gestern in Folge schlechten Wetters in den hiesigen Hafen eingelaufen und bedarf einiger leichten Ausbesserungen.

Die letzten Nachrichten von den Gefangenen in Magdala meldeten den Tod des dort gleichfalls in Haft gehaltenen Albana's oder Bischofs von Abessinien. Derselbe bekleidete das Primat der Landeskirche seit mehr als einem Viertel-Jahrhundert. Er war, wie seine Vorgänger, ein Kopte und von dem koptischen Patriarchen in Alexandria geweiht worden, wobei sein Name Andraos in Salama umgeändert ward. Als König Theodor die Herrschaft Abessinien usurpirte, ließ er sich von Abba Salama, der Anfangs nicht auf seiner Seite gestanden hatte, zum Kaiser krönen. Theodor aber wenig geneigt, sich priesterlichem Einflusse zu unterwerfen oder beim Volke einen Nebenbuhler im Ansehen zu dulden, und ließ ihn endlich in Magdala einkertern.

In Newcastle hat gestern eine furchtbare Explosion Stadt und Umgegend in Schrecken gesetzt. Der Polizei war angezeigt worden, daß sich in dem Keller eines Auktionshauses eine große Quantität, neun Korbfässer, salpetersauren Glycerins befand; auf Anfrage erklärte der Eigenthümer, er habe dasselbe an dem Abende zurückgeschickt wollen, sei jedoch von der Eisenbahn abgewiesen worden. Da auch der Besitzer eines Pulvermagazins sich weigerte, die gefährliche Waare zu beherbergen, so ordnete die Polizei deren Vernichtung an. Die Flüssigkeit wurde auf einen freien Platz vor der

Reisefskizzen aus Schlesien.

An einem der schönsten September-Morgens d. Z. befand ich mich in den Straßen Breslaus. Ich rechte und streckte zunächst meine durch eine zwölfstündige Nachtfahrt erschlagenen Glieder und eilte dann, all jene Orte flüchtig wieder zu sehen, an denen ich vor vielen Jahren harmlos schwärmte und hoffte.

Auf der Taschenbasion bewunderte ich den dasigen Prachtbau. Während ich sah, daß Breslau, hierzulager als München, seinen Glanz vorzugsweise dadurch zu ehren schien, daß es auf der nach ihm benannten Höhe „Stoß“ vertilgt und politisiert, dachte ich lebhaft an Posen, das seinen Berger anders zu ehren versteht.

Hilse, den ersten Kryptogrammenkenner Deutschlands und Freund von Dr. Rabenhof in Dresden, fand ich in der beschriebenen Stellung eines städtischen Mittelschullehrers und doch würde er bei seiner naturwissenschaftlichen Bildung jeder höheren Lehranstalt zur Zierde gereichen. Da er aber als Autodidakt in die Kunst seiner regelrecht geschulten Fachgenossen keinen Eingang finden kann, so würden gewiß die wissenschaftlichen Prüfungskommissionen nicht nur Preußens, sondern des ganzen Norddeutschen Bundes Zeter und Mordio schreien, wollte eine Behörde versuchen, durch seine Berufung in eine seiner Befähigung entsprechenden Stelle die durch ein leidiges Herkommen geheiligten Schranken zu durchbrechen.

Auf meiner Reise nach Strehlen, einer Kreisstadt, fünf Meilen südlich von Breslau, kam ich durch Grosburg, ein großes Kirchdorf, das schon zur Zeit des dreißigjährigen Krieges der Regenten-Familie Brandenburgs gehörte. Als der große Kurfürst die gewalttätige Einsetzung eines katholischen Priesters durch die Lichtenstein-

schen Dragoner in Grosburg erfuhr, schickte er von Frankfurt a. O. aus über Breslau ein Detachement kurbrandenburgischer Dragoner dahin und ließ den Priester durch dieselben auf einem Ochsenwagen mit der Drohung über die Grenze bringen, daß er bei seiner Rückkehr an Leib und Leben gestraft würde. Kaiser und Reich ließen diese originelle Vertreibung ohne Protest geschehen und so blieb die schöne Kirche den Evangelischen für immer erhalten.

In Strehlen fand ich im Gasthose „zum schwarzen Bär“ freundliche und billige Aufnahme. Der Wirth sorgt in zuvorkommender Weise für die Bedürfnisse seiner Gäste. Der Reisende trifft daselbst stets eine angenehme und gebildete Gesellschaft. Sanitätsrath Dr. Bleich, bekannt als glücklicher Entdecker mehrerer Pflanzen auf den nahen Wiesen bei Peterwitz und Striege, giebt reizenden Botanikern bereitwillig Auskunft über die Flora der Umgegend.

Strehlen scheint seine Verühmtheit weniger seinem schießen Rathhausthurm und seinen großen Granitbrüchen zu verdanken, als vielmehr jenem klassischen Volksliede:

„Wißt ihr nicht, wo Strahla liegt?

Strahla liegt im Grunde,

Da sein goar hübsche Mäbela drin,

Da sein goar faule Hunde;

Owends wenn sie schlafa giehn,

Seg'n sich uff die Treppe

Worten bis der Freier kommt u. s. w.

Die Strehlemer Schönen sind besser als ihr Ruf und stehen ihren Schwestern in andern Städten in Beziehung auf sittsame Zurückhaltung und jungfräuliche Keuschheit keineswegs nach. Dagegen scheint aber die Stadt wenig Schönheitssinn zu besitzen. Die

Markthäuser mit ihren alterthümlich verzierten Giebeln sehen sich nach einem Abpuß mit einer beliebigen, jedoch angemessenen Farbe und der in architektonischer Hinsicht nicht unschöne Rathhausthurm steht vergeblich nach Auffrischung seiner von Sturm und Wetter zerstörten Kalkumfassung.

Die Marienkirche in der Altstadt soll bereits 1130 von dem Dänen Peter Blast erbaut worden sein. Das Kirchlein, ohne Thurm, glänzt durch sein einfaches, schmuckloses Innere und dient seit 1750 den in den Dörfern Gussinog, Podibrad, Mehltheuer und Pentich angesiedelten reformirten Böhmen. Die Böhmen bedienen sich in Kirche und Schule ihrer Muttersprache. Ihre Prediger haben sie bis jetzt stets aus Böhmen berufen. Sie beschäftigen sich vorzugsweise mit Kattunweberei, weil sich ihre Granitberge zur Viehzucht und zum Ackerbau wenig eignen. Ihre Frauen und Mädchen zeichnen sich durch zarte Gesichtszüge und große Keuschheit aus; sie tragen meistens nur selbstgefertigte Kleidungsstoffe. Die Männer dagegen fallen durch ihren schlanken Wuchs und ihre schwache Körperkonstitution allgemein auf. Selten sollen bei ihnen Bräute mit dem Myrthenkranz im Haar vor dem Traualtare erscheinen, dagegen gehören aber auch uneheliche Geburten zu den Ausnahmefällen. Die Mädchen heirathen gewöhnlich schnell, sobald sie die Gewißheit haben, daß der Herr das Glend seiner Magd angesehen und die Absicht hat, ihr einen Sohn oder eine Tochter zu geben.

In dem nahen Vorstadtdorfe Woißelwitz betrat ich mit heiliger Ehrfurcht das Haus, in dem unser Heldenkönig Friedrich der Große 1761 sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Ist es auch

Stadt, das Town-Moor gebracht und dort in eine Erdschale hineingeschüttet. Drei der Korbfaschinen enthielten einen kristallinen Boden, und diese sollten an einer etwas entfernten Stelle vergraben werden. Während sie dorthin gebracht wurden, explodierten die Flaschen (wahrscheinlich durch einen Stoß). Ein Polizist und zwei Träger blieben auf der Stelle todt, ein Scheriff, ein Geometer und ein Knabe wurden schrecklich verletzt und verstümmelt. Es entstand große Aufregung in der Stadt, und trotzdem, daß der Hergang bekannt genug ist, wollen viele Leute sich den Glauben an eine neue Feuerschandthat nicht rauben lassen.

Frankreich.

Paris, 18. Dez. „Sage mir, wie deine auswärtige Politik ist, und ich will dir sagen, welches deine Militärgesetzgebung sein muß; oder sage mir letzteres, und ich will dir erstere sagen!“ So Girardin, um von diesem Standpunkte aus an dem neuen französischen Militärgesetz, das freilich nicht Fisch noch Fleisch ist, das jegige kaiserliche System so zu charakterisieren: „Es ist nicht Krieg, und es ist doch auch nicht Frieden; es ist nicht Tyrannie und doch auch nicht Freiheit; es ist nicht altes und doch auch nicht neues Regime; es ist nicht Ungleichheit und doch faktische Ungleichheit; es ist ein Mischmasch, in welchem kein großes Princip vorherrscht; es ist Uebergang und Rechnungsträger.“ Girardin fügt hinzu: „Als erklärter Friedensfreund verabschieden wir den Krieg; mehr aber als diesen noch verabschieden wir den krankhaften und gebrechlichen Zustand, der heute Frieden und morgen Krieg ist, Krimkrieg, italienischer, chinesischer, cochinchinischer, merikanischer Krieg, der die Unsicherheit und Schwankung ist und sich durch die schwere Bürde der Milliarden fühlbar macht. Wenn die Regierung keine Politik hat, so sage sie es offen!“

Man bestätigt, daß die Kaiserin Charlotte neuerdings einen Ausflug nach Brüssel gemacht habe, befreit aber, daß ihr Gesundheitszustand ein besserer geworden. Man hat noch immer nicht gewagt, ihr den Tod Kaiser Maximilian's anzuzeigen. Des letzteren Leiche wird in Gibraltar von zwei französischen Panzer-Fregatten erwartet, die derselben auf Befehl Napoleon's III. bis Triest das Ehrengeleite geben sollen.

Die „Franz. Corr.“ schreibt: „Das Schiedsgericht in der Affaire Kervéguen hat, wie verlautet, eine Vertrauensperson nach Berlin geschickt, welche sich dort nach Möglichkeit von dem wahren Sachverhalt zu unterrichten suchen soll. Die Aufgabe ist nicht leicht, da an amtlicher Stelle natürlich jede Aufklärung abgelehnt werden wird. Man will hier wissen, daß die Regierung oder doch gewisse offizielle Persönlichkeiten der Denunziation des Herrn von Kervéguen nicht fremd sind. Dann hatte das Manöver vielleicht den Zweck, die liberale Presse zu einer anti-preussischen Haltung zu zwingen, und dieser Zweck wäre allerdings erreicht worden; kein einziges der verdächtigen Blätter hat sich seit dem 10. Dezember eine Gelegenheit entgehen lassen, zu zeigen, daß es von der preussischen Regierung unabhängig ist. Auf der anderen Seite bleibt auch Herr von Kervéguen nicht ungerührt. Der Rain Saune erzählt heute von einem Prozeß, welchen der Vikonte einmal wegen einer Börsenschuld gehabt, und in welchem dieser Freund von Paradoxen den Satz geltend gemacht habe, daß eine lediglich auf Wort gemachte Schuld nicht als eine solche zu betrachten sei.“

Rußland und Polen.

Warschau, 18. Dezbr. Die vielen hier wohnenden Deutschen haben ihre eigene Ressource, die „Harmonie“ genannt. In dieser Harmonie wurden im vorigen Jahre von in Regierungsschulen angestellten deutschen Professoren und Lehrern Vorlesungen in deutscher Sprache gehalten, welche Vorlesungen auch für dieses Jahr arrangiert werden sollten. Allein auf der Vorstand der Harmonie vorchristig gemäß die Erlaubnis nachsuchte, wurde solche unter einer Bedingung erteilt, welche aber die Vorlesungen unmöglich machte, es sollen nämlich die Hefte der Polizei früher zur Censur vorgelegt werden. Solche Polizeicensuren sind mit solchen Schwierigkeiten und Schleiheren verbunden, daß die nach Monaten angenommenen Hefte gewiß nicht mehr zur Vorlesung werden können. In vorigem Jahre ist die Erlaubnis ohne alle Schwierigkeiten bewilligt worden; freilich war damals die Russifikationsucht noch nicht so sehr ausgebreitet. — Vergangene Woche ist die Censur auf Proviant für das Militär abgehalten worden. Wir hören, daß die Lieferungen zwar zu guten Preisen abgeschlossen wurden, jedoch bei dem so sehr schlechten Ausfall der Ernte für die Lieferanten noch große Gefahren bieten. Der Preis ist von 9 R. 70 Rp. bis 11 R. 80 Rp. pr. Ezelwert je nach Lieferungsart, was dem Preise von 70 bis 80 Thlr. pr. Wispel gleichkommt. (D. Z.)

Der „R. Invalide“ schreibt über die neue Schnellfeuerwaffe der russischen Armee: „Nachdem die Waffenkommission beschlossen

hat, die jetzigen Büchsen in Hinterlader umarbeiten zu lassen, wurden alle in den europäischen Staaten gangbaren Systeme und einige neue Erfindungen sorgfältig geprüft. Man entschied sich zuletzt für die Zündnadelbüchse des Karle'schen Systems, die mehr als alle anderen den Anforderungen an eine Schnellfeuerwaffe entspricht. Mehr als 30,000 Schüsse wurden aus einigen in Hinterlader dieses Systems verwandelten Büchsen abgefeuert. Die Genauigkeit des Schießens hatte nicht im mindesten durch die Umarbeitung gelitten, und mit einem gut eingeschossenen Gewehr konnte ein erfahrener Schütze 12—14 Schüsse in der Minute thun, wobei er aus naher Entfernung jedesmal die Scheibe traf. Die Schnelligkeit des Schießens ist also größer als beim preussischen Zündnadelgewehr. In Folge dieser erreichten befriedigenden Resultate ist ein Probe-Exemplar dieser Büchse von Sr. Majestät dem Kaiser bestätigt worden.“

Vom Landtage.

6. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 20. Dezember, Eröffnung 10 $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Tribünen sind sehr schwach besetzt; die Bänke des Hauses gleichfalls; am Ministerisch Hr. v. d. Heydt, Hr. v. Tschirnberg, Dr. Leonhardt und mehrere Regierungs-Kommissionarien. Präf. Hr. Stolzberg theilt mit, daß vom Abgeordnetenhaus gestern der Gesetz-Entwurf betr. die Errichtung von Darlehnskassen in Preußen herübergekommen sei. Bei der Dringlichkeit der Sache habe er gestern sofort die Herren v. Tettau und Haselbach zu Referenten ernannt und das Gesetz noch heute auf die Tagesordnung gesetzt.

Das Haus genehmigt nachträglich dies Verfahren und beschließt, diesen Gesetzentwurf zuerst zu beraten.

Es wird gleich in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Gegenstand nun Schlussberatung über das oben erwähnte Darlehnskassengesetz ist.

Die beiden Referenten beantragen, daß Gesetz in der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Fassung zu genehmigen.

Referent v. Tettau beantwortet diesen Antrag. Er sagt den Provinzialbehörden Dank, daß sie den Nothstand zeitig erkannt und bald geeignete Mittel zur Abhilfe ergriffen haben, und geht dann etwas näher auf den Nothstand und die zur Verringerung desselben notwendigen Mittel ein, als deren eines er das vorliegende Gesetz empfiehlt.

Herr Haselbach fragt bei der Staatsregierung an, ob die 1,228,000 Thlr. alte Darlehnskassenscheine sämtlich im Besitz der Regierung sind oder noch umlaufen, im letzteren Falle würde ja die ganze Summe nicht ausgegeben werden können.

Finanzminister v. d. Heydt: Die Darlehnskassenscheine kommen rechtzeitig in die Hände der Regierung; das geehrte Mitglied darf sich deshalb beruhigen.

Das Gesetz wird darauf einstimmig angenommen.

Finanzminister v. d. Heydt: Ich erlaube mir dem hohen Hause und dem Herrn Präsidenten Namens der Staatsregierung Dank zu sagen für die schnelle und erfreuliche Erledigung der Vorlage. Die Staatsregierung wird entsprechend den wohlwollenden Intentionen Sr. Majestät mit warmer Fürsorge auch ferner das Augenmerk halten auf die hartbedrängten Landestheile. Hoffen wir, daß der Provinz, die so schwer heimgesucht ist, Gottes Hilfe nicht fehlen möge. (Beifall.)

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justiz-Kommission über das Gesetz, betreffend die Anstellung im höheren Justizdienst.

Der Gesetzentwurf lautet in der von der Regierung vorgelegten Fassung folgendermaßen:

§. 1. Wer in dem einen Landestheile Unserer Monarchie nach den dortigen Bestimmungen die Befähigung erlangt hat, das Amt eines Richters bei den höheren Gerichten, eines Rechtsanwalts (Advokat-Anwalts, Advokaten), Notars oder Beamten der Staatsanwaltschaft zu bekleiden, kann auch in den übrigen Landestheilen in gleicher Eigenschaft angestellt werden.

§. 2. Zur Anstellung als Mitglied eines Appellationsgerichts ist erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahre als etatsmäßiger Richter oder als Beamter der Staatsanwaltschaft angestellt gewesen ist.

§. 3. Zur Anstellung als Mitglied des Ober-Tribunals ist erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahre als vortragender Rath im Justizministerium, als Mitglied eines Appellationsgerichts, als Präsident oder Kammerpräsident bei einem Landgerichte, als Präsident oder Vizepräsident bei einem Obergerichte, als Direktor eines Stadt- oder Kreisgerichts, als Ober-Staatsanwalt, General-Prokurator, Generaladvokat oder Ober-Prokurator angestellt gewesen ist.

Mitglieder der in den neuen Landestheilen früher bestandenen Oberappellationsgerichte können ohne Rücksicht auf die Zeit ihrer Amtstätigkeit als Mitglieder des Ober-Tribunals angestellt werden.

§. 4. Wer mindestens vier Jahre die Stelle eines ordentlichen Professors der juristischen Fakultät bei einer inländischen Universität bekleidet hat, kann zum Mitgliede eines jeden Gerichts ernannt werden, ohne daß die Ablegung der für Richter vorgeschriebenen Prüfung oder für die Ernennung zum Mitgliede eines Appellationsgerichts oder des Ober-Tribunals die vorgängige Anstellung bei einem anderen Gerichte erforderlich ist.

§. 5. Referendarien können zur zeitweisen Funktion eines Hilfsrichters bei den Stadt- und Kreisgerichten, den Amtsgerichten und Friedensgerichten, zur Funktion eines Gehälfen der Staatsanwaltschaft, so wie zur zeitweisen Vertretung eines Rechtsanwalts, Advokat-Anwalts oder Advokaten verwendet werden, auch die Verrichtungen eines Gerichtsschreibers wahrnehmen.

§. 6. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

Die Justiz-Kommission beantragte, den Gesetzentwurf folgendermaßen zu fassen:

§. 1. Wer in dem einen Landestheile Unserer Monarchie nach den dort geltenden Bestimmungen die Befähigung erlangt hat, das Amt eines Richters bei einem Kollegial-Gerichte, eines Rechtsanwalts (Advokat-Anwalts, Advokaten), Notars oder Beamten der Staatsanwaltschaft zu bekleiden, kann auch in den übrigen Landestheilen in gleicher Eigenschaft angestellt werden.

§. 2. Zur Anstellung als Mitglied eines Appellationsgerichts ist erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahre als etatsmäßiger Richter oder als Beamter der Staatsanwaltschaft oder als Rechtsanwalt (Advokat, Advokat-Anwalt) angestellt gewesen ist.

§. 3. Zur Anstellung als Mitglied des Ober-Tribunals ist erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahre als vortragender Rath im Justizministerium, als Mitglied eines Appellationsgerichts, als Präsident oder Kammerpräsident bei einem Landgerichte, als Präsident oder Vizepräsident bei einem Obergerichte, als Direktor eines Stadt- oder Kreisgerichts, als Ober-Staatsanwalt, General-Prokurator, Generaladvokat oder Ober-Prokurator angestellt gewesen ist.

Mitglieder der in den neu erworbenen Landestheilen früher bestandenen Ober-Appellationsgerichte können ohne Rücksicht auf die Zeitdauer ihrer Amtstätigkeit als Mitglieder des Ober-Tribunals angestellt werden.

§. 4. Bis zur Vereinigung des Ober-Appellationsgerichts zu Berlin mit dem Obergerichte sind die Vorschriften des §. 3. auch für die Anstellung als Mitglied dieses Ober-Appellationsgerichts maßgebend.

§. 5. gleichlautend mit §. 4 der Regierungsvorlage, §. 5 der Regierungsvorlage, aber zu streichen.

§. 6 gleichlautend mit §. 6 der Regierungsvorlage.

Es liegen hierzu folgende Amendements vor von Herrn Bloemer:

1) Nach den Eingangsworten: „Wir Wilhelm etc. etc. verordnen für den ganzen Umfang unserer Monarchie“ hinzuzufügen: „Mit Ausschluß des Bezirks des Appellationsgerichts zu Köln.“

2) Zu §. 1 des Gesetzes anstatt der Regierungsvorlage zu setzen: Die in den neu erworbenen Landestheilen nach den dort bestehenden Bestimmungen verlangte Befähigung, ein Richteramt zu bekleiden, genügt zur Anstellung als Richter, Rechtsanwalt, Notar und Beamter der Staatsanwaltschaft auch in den älteren Provinzen, mit Ausschluß des Bezirks des Appellations-Gerichtshofes zu Köln. Diese Bestimmung findet jedoch nur auf solche Personen Anwendung, welche bereits in den Justizdienst eingetreten sind, oder in denselben bis zum 1. April 1869 eintreten werden.

3) Zu §. 3 des Kommissionsentwurfs vom Grafen zur Lippe: dem §. 3 folgenden Zusatz zu geben: „Angesehen können während eines Zeitraumes von 10 Jahren, vom Tage der Publikation dieses Gesetzes an gerechnet, Mitglieder der in den neu erworbenen Landestheilen bestehenden oder bestehenden Appellations- oder Obergerichte, welche 8 Jahre hindurch etatsmäßige Richter dieser Gerichte gewesen sind, ohne Rücksicht auf die besonderen Voraussetzungen des ersten Absatzes dieses Paragraphen, als Mitglieder des Obergerichts angestellt werden.“

Referent Dr. v. Daniels: Durch königliche Verordnung vom 8. Febr. c. ist es zur Fälligkeit erklärt, Beamten, welche in den älteren Provinzen der Monarchie oder in einem der neu erworbenen Landestheile die Befähigung zum Richteramt erlangt haben, in jedem der neu erworbenen Landestheile das Amt eines Richters, Staatsanwalts oder Rechtsanwalts zu übertragen. Wird diese Bestimmung nicht auch dahin geändert, daß auch die richterlichen Beamten der neuen Provinzen in den älteren Provinzen angestellt werden können, so ist eine große Ungerechtigkeit vorhanden. Diese Ungerechtigkeit aufzuheben, ist der Zweck des vorliegenden Gesetzes. Ich empfehle dasselbe zur Annahme in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung.

Justizminister Dr. Leonhardt: Der Gesetzentwurf, welcher hier zur Beratung liegt, bewirkt die Durchführung des Gedankens der Staatseinheit in dem Anstellungsverfahren der Justizverwaltung. Dieser Gedanke ist ein so zweifellos berechtigter, daß es kaum nötig erscheinen kann, darüber etwas Näheres zu bemerken. Es sind zwei Hauptmomente, welche bei der Gesetzesvorlage in Betracht zu ziehen wären; das eine derselben ist in den Regierungsmotiven näher erörtert, nicht dagegen das zweite. Die königliche Staatsregierung hat sich im Anfang dieses Jahres veranlaßt gesehen, dem Abgeordnetenhaus eine Gesetzesvorlage zu machen, welche den Zweck hatte, zu bewirken, daß die Anstellungsfähigkeit in den älteren Provinzen auch gelten solle für die neuen Provinzen, und umgekehrt, daß also die Anstellungsfähigkeit erworben für die neuen Provinzen auch gelten solle für die älteren Provinzen. Das Abgeordnetenhaus hat jedoch diese Vorlage abgelehnt, nicht sowohl aus principiellen Gründen, als weil es die Dringlichkeit der Frage verneinte. Die königliche Staatsregierung hat jedoch den Gegenstand für dringlich erachtet, und ist demgemäß eine königliche Ordre ergangen, Kraft welcher ein Jurist, welcher die Anstellungsfähigkeit erlangt hat für die älteren Provinzen, ohne Weiteres diese Anstellungsfähigkeit auch erlangt hat für die neu erworbenen Landestheile. M. H.! Der so beschaffene Zustand mochte nach Lage der Verhältnisse als ein notwendiger sich darstellen, aber ich glaube, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Es würde darin eine große Verletzung der Gerechtigkeit liegen. Das zweite Hauptmoment betrifft die Verschiedenheit in der Befähigung zur Anstellungsfähigkeit einerseits für die Rheinprovinz und andererseits für die übrigen älteren Provinzen. Nach der Gesetzesvorlage soll diese Verschiedenheit aufhören. Dieser Gegenstand nun, meine Herren, ist in dem Bericht Ihrer Justizkommission mit so viel Einsicht, Feinheit und Gründlichkeit erörtert, daß ich nicht in der Lage bin, dem irgend etwas hinzuzufügen. Der Vorlage könnten möglicher Weise zwei Bedenken entgegenstehen, welche meines geringen Erachtens jedoch nicht genügend begründet erscheinen.

Das erste Bedenken würde darin liegen, wenn das Prüfungswesen in den neuen Provinzen nicht so geregelt gewesen wäre oder jetzt geregelt wäre, daß man annehmen könnte, es habe der Jurist dort die genügende theoretische und praktische Bildung nicht erlangt. Allein ich bin fest davon überzeugt, daß diese Voraussetzung eine unbegründete sein wird; ich gehe vielmehr davon aus, daß das Prüfungswesen in den betreffenden Landestheilen ein solches war, daß dadurch die erforderliche allgemeine juristische Bildung genügend hergestellt worden ist. Und, m. H., es kommt doch eigentlich für den Juristen wesentlich nur darauf an, eine genügende allgemeine juristische Ausbildung zu erlangen. Der Jurist, welcher diese erlangt hat, der wird nicht in Verlegenheit sein, die verschiedenen positiven Rechte anzuwenden, welche auf einer und derselben Grundlage beruhen. Denn die Grundlage des französischen wie des preussischen Landrechtes ist und bleibt das gemeine Recht, insonderheit das deutsche. Das zweite Bedenken, das möglicher Weise in Frage kommen könnte, würde darin liegen, wenn das Gesetz einem Juristen das Recht, die Befähigung gäbe, zu verlangen, nach den Vorschriften desselben behandelt zu werden, wenn also ein Jurist sagen könnte, ich habe das Recht, nach diesen Vorschriften verlegt oder ernannt zu werden. So liegt die Sache aber nicht. Vielmehr handelt es sich nur um die Befähigung der königlichen Staatsregierung nach Vorschrift dieses Gesetzes zu

durch eine Feuersbrunst vor mehreren Jahren zum Theil zerstört, so macht es doch auf jeden Preußen einen tiefen Eindruck. Hier empfing der König die Gesandtschaft des Chans der Tartarei, durch welche ihm dieser Hülfsarmee zu schicken versprochen, und hier sollte er durch schändlichen Verrath den Händen seiner Feinde überliefert werden. Eine ländliche Stille waltet jetzt in den Räumen dieses Hauses; während ich dasselbe tief ergriffen verließ, spielte lächelnd ein kleines Mädchen mit seiner Lieblingspuppe vor dem großen Hofthore.

Eine Meile östlich von Strehlen liegt Karisch, der Geburtsort des Generals v. Prittwitz, berühmt als Erbauer der Festungen Posen und Ulm. Das kastellartige Schloß seiner Ahnen, auf einem Hügel erbaut, der von einem breiten Wallgraben umgeben ist, schaut stolz auf die zu seinen Füßen liegenden Hütten der Dorfbewohner herab. Vor einigen Jahren befanden sich vor der Einfahrt in den Schloßhof noch zwei Leiche, die von der zwischen ihnen und dem Wallgraben hindurchfließenden Krime gespeist, vom gegenwärtigen Besitzer des Gutes aber trockengelegt wurden. Im Schloßgarten konnte ich das Gutes aber trockengelegt wurden. Im Schloßgarten konnte ich

zwei Fuß über dem Wurzelstocke im Umfange 34 Fuß. In Ruppertsdorf, einem Grenzort nordwestlich von Karisch, stand die Wiege des Ministers Rother. Sein Vater besaß daselbst einen Erbschank und eine Bäckerei. Rother selbst hat auf dem Dominium vor Aufhebung der Erbunterthänigkeit Hofdienste verrichten müssen. Alte Leute im Dorfe erzählen, daß ihn der damalige Gutsinspektor als Viehhirt beschäftigte. Eine Stiefschwester von

ihm lebt noch; ich sah sie mit einer Trage auf dem Rücken Wasser aus einem nahen Brunnen holen.

Von Karisch kam ich über Eisenberg, einem Kirchdorf mit dem Familien-Begräbniß des Geschlechts Prittwitz und einer schönen, dreikantigen Marmorstatue des heil. Donatus, nach Schönbrunn, jenem ehemaligen Besitztum des als Verräther seines Königs berüchtigt gewordenen Barons v. Warkotsch. Der Schloßhof liegt öde und verlassen; um das ehemalige Herrenhaus stehen alte Pappeln, kerkengerade, als Wache. Das Gut haben die Bauern käuflich an sich gebracht und durch diesen Kauf gleichzeitig das Patronatsrecht über Kirche und Schule erworben, weshalb ihnen in der Umgegend auch der Name „Herrenbauern“ allgemein beigelegt wird. In dem bescheidenen, von alten Linden beschatteten Pfarrhause, lebte Julius Müller, ein Mitglied jener berühmten Gelehrtenfamilie, der auch der als Philologe weit und breit bekannte Dittfried Müller in Gießen angehört. Achate, die nach einigen geographischen Handbüchern daselbst vorkommen sollen, suchte ich vergebens.

Südlich von Schönbrunn liegt Priebrunn, das mit seinen Marmorbrüchen, Fabriken und gewerblichen Anlagen den Mittelpunkt für das kommerzielle und sociale Leben in dieser Gegend bildet. Auf dem Gute selbst werden vorzugsweise Runkelrüben zur Zuckerrückfabrikation angebaut. Trotz seiner rationalen Bewirtschaftung wollen es doch viele intelligente Landwirthe nicht als Musterwirtschaft anerkennen, weil die Wirtschaftsführung zu fabrikmäßig betrieben wird, und geben in dieser Hinsicht Niclasdorf bei Strehlen den Vorzug.

In den Steinbrüchen zu Krummendorf traf ich mit dem Lehrer Leisner aus Waldenburg zusammen, der sich durch Fleiß und Ausdauer als Mineraloge einen gewissen Ruf erworben und seine auf die Förderung der Naturwissenschaften gerichteten Bestrebungen durch Ernennung zum Ehrenmitgliede des Verwaltungsrathes des deutschen Hochstiftes zu Frankfurt a. M. auch in weiteren Kreisen anerkannt gesehen hat. Er war bei seinen in der Gegend lebenden Eltern zum Besuch und sammelte bei dieser Gelegenheit in der Nähe Mandelquar. Seine Mineraliensammlungen haben nicht nur in vielen Familien, Schulen und höheren Lehranstalten Eingang gefunden, sondern werden auch selbst von Universitäten der Beachtung für werth gehalten. Außer andern Aufträgen hat die Universität Athen Herrn Leisner den Auftrag zugehen lassen, für sie eine Sammlung schlesischer Steinkohlen und Porphyre zusammenzustellen.

Vom romantisch gelegenen Rummelsberge aus genoss ich eine weite Fernsicht. Im Norden lag Wansin, das schlesische Havannah, mit seinen reich gegliederten Tabaksfeldern. Es hat sich nicht nur durch seine Kultur der Pflanze Virginiens bemerkbar gemacht, sondern geht auch auf dem Gebiete der Toleranz vielen Gemeinden mit einem leuchtenden Beispiel voran. Wansin, vorherrschend katholisch, begräbt auf seinem Kirchhofe seine Todten in einer Reihe, ohne Unterschied der Konfessionen, friedlich neben einander. Was im Leben der Glaube feindlich trennte, wird dort im Tode für immer vereinigt.

verfahren. Es liegt also die Ausführung immer im Ermessen der k. Regierung. Sie erkennen nun Alle an, daß hier ein verständiges Ermessen durchaus am Orte ist, aber ich glaube, daß ein solches verständiges Ermessen von der Staatsregierung auch vorausgesetzt werden kann, und es wird, um dies zu erwägen, anzunehmen sein, daß gerade nicht jeder Jurist ein solcher ist, welchen man von dem einen in den anderen Landestheil versetzen möchte, z. B. aus den älteren oder den neueren Provinzen in die Rheinprovinz oder umgekehrt. Man wird vorzugsweise Bedacht nehmen müssen auf Männer, die durch eine höhere Ausbildung in irgend einem Gebiete hervortreten. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen diese Gesetzentwürfe zur Annahme und erkläre, daß ich in Betreff der Abänderungsvorschläge der Kommission besondere Bedenken nicht geltend zu machen habe.

Herr Blömer empfiehlt die von ihm gestellten Amendements, wonach das Gesetz auf die Richter im Departement des Appellations-Gerichts Köln keine Anwendung finden soll. Zur Motivierung dieses Antrages führte Redner aus: Er müsse vor Allen die Verwahrung gegen die etwaige Annahme einlegen, daß der Anspruch auf eine einseitigen noch fortwährenden Sonderstellung der Rheinprovinz gegenüber den andern Landestheilen der Monarchie hinsichtlich der Frage über die Befestigung der rheinischen Richterstellen einen Rechtsparticularismus in Schutz nehmen wolle. Dem gestellten Antrage liege nur der echte Konservatismus zu Grunde: das bewährte Gute so lange zu erhalten, als es nicht durch etwas wirklich Besseres ersetzt werde. Dieser Konservatismus werde der notwendigen und heilsamen Staatseinheit keinen Nachtheil bringen. Aber der bloße Schein einer Rechtseinheit dürfe das Wesen derselben, welches in der gleichmäßigen Kenntniß des in Anwendung zu bringenden Rechts und des zu befolgenden gerichtlichen Verfahrens bestehe, nicht ersetzen sollen. So principiell gerechtfertigt es sei, alle preussischen Richter, diejenigen, welche es seit lange waren, nicht minder wie solche, welche es erst neuerlich geworden sind, in allen preussischen Landestheilen, anstellungsfähig zu machen, so notwendig bleibe es doch, für die die Rechtspredication in der Rheinprovinz nach rheinischem Recht und nach rheinischem Prozeßverfahren, diese Anstellungsfähigkeit nicht eher zu proklamieren und rechtlich möglich zu machen, bis die richterliche Fähigkeit der anzustellenden Persönlichkeiten, gerade für diese Rechtspredication, erworben sei. Das rheinische Richteramt könne unter Anwendung des noch vorhandenen Civil-Prozeßverfahrens in bürgerlichen Rechtsstreiten, ohne eine praktische Vorbereitung nicht geübt werden. Die Anordnung eines solchen Vorbereitungs-Stadiums für die Richter einer nicht-rheinischen Vorbildung, ehe und bevor sie als erkennende Richter der rheinischen Richterämter einnehmen, und als solche über das Schicksal der Rechtssuchenden mitentscheiden dürfen, sei aber in der Gesetzes-Vorlage nicht vorgesehen.

Die politische Seite der Frage, auf welche man sich für den Gesetz-Entwurf berufe, dürfte eher geeignet sein, von dessen Ausdehnung auf die Rheinprovinz abzumachen. Es komme nicht bloß darauf an, den neu erworbenen Provinzen ein Zugeständnis zu machen, sondern ebenso sehr darauf, den älteren Landestheilen, zu welchen jetzt auch die Rheinprovinz sich zählen dürfe, gerecht zu bleiben.

Reg.-Komm. v. Sydow erklärt, daß die Staatsregierung durchaus nicht die Kürzung der Rechte irgend einer Provinz im Auge gehabt habe, sondern daß rein sachliche Erwägungen den vorliegenden Gesetzentwurf veranlaßt haben. Die Gründe des Vorredners könne er nicht anerkennen; die Verhältnisse, welche vor 30 bis 40 Jahren, in Betreff des materiellen Rechts, wie des gerichtlichen Verfahrens, zwischen den rheinischen und alten Provinzen gelegen, hätten sich bedeutend geändert. Jeder Richter müsse heute eine umfassende allgemeine Rechtsbildung nachweisen, und es werde ihm ein Leichtes werden, in Folge dessen sich hineinzufinden und Recht zu sprechen nach anderen gesetzlichen Bestimmungen, als er bisher gehandhabt. Durch die wissenschaftlichen Bestrebungen sowohl wie durch die seitiger Gesetzgebung sei heute schon vieles verschmolzen, was früher noch divergierte. Die Verschiedenheit des Verfahrens sei zum großen Theil aufgehoben, die Verschiedenheit des gerichtlichen Verfahrens etwas rein äußerliches. Der Sinn der Ordre, wonach der Rheinprovinz ihre Gerichtsverfassung garantiert worden, sei keineswegs der gewesen, daß Richter in den alten Provinzen nicht dort hin versetzt werden könnten; praktisch sei dies auch nicht gehandhabt worden: das Beispiel von Dr. Duesberg, Simons, Savigny zeige dies. Er bittet um Ablehnung des Amendements.

Dr. v. Bernuth bittet um Annahme des Kommissionsvorschlags. Er bedauert jedoch, daß die neue Examensordnung, die mit diesem Gesetze im engen Zusammenhange stehe, noch nicht vorliege. Er wendet sich sodann gegen das Amendement Blömer und hofft, daß große Vortheile für den Staat dadurch entstehen, wenn gerade altländische Juristen nach dem Rheinland versetzt werden können, und die dortigen, den modernen Verhältnissen mehr entsprechenden Institutionen kennen lernen.

Die Generaldiskussion wird geschlossen.

Referent v. Daniels befaßt das Amendement Blömer.

Es folgt die Spezialdiskussion.

Zu § 1 motiviert Herr Blömer nochmals sein Amendement und sucht die Ausführungen der Vorredner zu widerlegen.

Reg.-Kommissar v. Sydow tritt ihm entgegen.

Zustizminister Dr. Leonhardt: Ich will mir nur die ganz einfache Bemerkung erlauben, daß es sich bei Befestigung der Verschiedenheit in den Voraussetzungen der Anstellungsfähigkeit viel mehr zur Zeit handeln wird um ein Prinzip als um eine große praktische Wirkung. Es kann gar nicht daran gedacht werden, daß nun gleichsam eine Juristenwanderung vor sich gehen werde aus den älteren Provinzen in die neueren oder umgekehrt, und aus beiden in die Rheinlande. Es kann sich immer nur darum handeln — und wenn die Staatsregierung verständig handeln will, was sie notwendig thun wird, so kann gar nicht anders verfahren werden, als vielleicht in dem einen oder andern Falle eine solche Versetzung, welche dem Wunsche entspricht, vorzunehmen, und ich habe mir bereits erlaubt hervorzuheben, daß man in einem solchen Falle greifen wird auf Männer von hervorragender Bildung. Daß diese sich finden werden in die neuen Verhältnisse, kann in meinen Augen nicht zweifelhaft erscheinen.

Das Amendement Blömer wird abgelehnt; § 1 in der Kommissionsfassung angenommen.

Zu § 2 befürwortet Referent v. Daniels den Kommissionsvorschlag.

Herr v. Schliekmann spricht gegen die von der Kommission proponirte Erweiterung der Regierungsvorlage, wonach auch Rechtsanwälte, die 4 Jahre angestellt sind, Mitglieder eines Appellationsgerichts werden können; er hält diese Aenderung für überflüssig und theilweise sogar schädlich. Die Aenderung werde außerdem keine große praktische Bedeutung haben, da die Stellung eines Rechtsanwalts, wenn derselbe tüchtig und befähigt wäre, meist lukrativer wäre. Eigentliche Kapazitäten würden deshalb meist nicht wieder zurücktreten, sondern nur diejenigen, die als Rechtsanwältinnen kleine Geschäfte machten.

Herr v. Bernuth befürwortet den Kommissionsantrag und tritt den Ausführungen des Vorredners in allen Punkten entgegen. Der Stand der Advokatur sei denn doch etwas höher zu stellen; das öffentliche und mündliche Verfahren könne nur wahrhaft gedeihen, wenn Advokatur und Richterstand Hand in Hand gingen und in einem gemeinsamen Zusammenhange ständen. Das odium, was früher auf der Advokatur lastete, sei längst verschwunden. Gerade im Advokatenstande fänden sich immer und überall hervorragende Persönlichkeiten. Juristisches Urtheil und prompte Geschäftsführung würden sicher durch die Beschäftigung eines Rechtsanwalts gefördert. Den neuen Provinzen gegenüber, wo das im Kommissionsantrag gewünschte Verhältniß schon bestiehe, sei man die Annahme des Antrags außerdem schuldig.

Zustizminister Dr. Leonhardt: Meine Herren! Ich habe bereits im Eingange der Diskussion mich einverstanden erklärt mit den von der Justizkommission gestellten Verbesserungsvorschlägen. Ich bin auch mit diesem Antrage einverstanden. Im Allgemeinen, glaube ich, läßt sich Vieles für und wider die Sache sagen, wenn es sich nämlich handelt um ein Recht der Anwälte, der Advokaten, einzutreten in die höheren Gerichte. Allein ein solches Recht soll ihnen ja gar nicht gewährt werden. Es soll vielmehr der Staatsregierung nur die Befugniß ertheilt werden, derartige Anstellungen vorzunehmen, und ich glaube, es wird unbedenklich sein, der Staatsregierung diese Befugniß zu gewähren, da sie davon einen verständigen Gebrauch gewiß machen wird.

Herr v. Kleist-Regow entschuldigt sich zunächst, daß er diesmal nicht mit Herrn v. Schliekmann, sondern mit v. Bernuth übereinstimme, da er gleichfalls für Zulassung der Advokaten zum höheren Richteramt sei, mit besonderer Rücksicht auf die neuen Provinzen, deren wohlverworbene Rechte man schonen müsse. Die Zulassung derselben sei aber auch sachlich durchaus gerechtfertigt, er selbst kenne Rechtsanwältinnen, die durchaus tüchtig und tüchtig zu solchen Aemtern wären, die Regierung werde schon die Tüchtigen herausfinden.

Dr. Sydow befürwortet gleichfalls den Kommissionsantrag. Es sei an der Zeit, dem jetzigen Advokatenstande eine Anerkennung für seine Tüchtigkeit zu geben. Der Kommissionsantrag bezwecke eine Rückkehr zu einer früher bestandenen guten Bestimmung.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Zu § 3 befürwortet Graf zur Lippe sein Amendement. Ohne dasselbe würde es unmöglich sein, daß Mitglieder der Obergerichte aus den neuen Provinzen am Obergericht angestellt werden könnten. Diesem Uebelstande solle sein Amendement in der Uebergangsperiode abhelfen.

Zustizminister Dr. Leonhardt: Ich bin dem Herrn Grafen zur Lippe außerordentlich dankbar dafür, daß er diesen Antrag gestellt hat, und möchte mir erlauben, mich nach Lage der Verhältnisse darüber etwas näher auszusprechen und denselben der Annahme des hohen Hauses zu empfehlen. Man muß unterscheiden die Verhältnisse von Nassau, Kurhessen und den Elberzogthümern einerseits und Hannover andererseits. Die königliche Staatsregierung ist, von dem Grundsatze geleitet, daß Niemand wider Willen zum Mitgliede des hiesigen Ober-Appellationsgerichts ernannt werden darf, genöthigt gewesen, bei der Wahl der Mitglieder des Ober-Appellationsgerichts zu greifen auch auf Mitglieder der Obergerichte der zuerst gedachten 3 Landestheile. Ich glaube bezogen zu können, daß diese Wahl aus den Obergerichten eine außerordentlich glückliche wäre. Wenn es nun aber der königlichen Regierung nicht möglich war, zu einer Zeit, wo sie den Mitgliedern des Ober-Appellationsgerichts höhere Gehälter bieten konnte, aus den Mitgliedern der früheren Oberappellationsgerichte von Nassau, Kurhessen und den Elberzogthümern die Mitglieder des hiesigen Oberappellationsgerichts zu wählen, wie sollte ihr es möglich sein, diese Wahl zu einer Zeit zu bewirken aus denselben Personen, wenn sie nur in der Lage ist, Stellen, Aemter zu gewähren, die mit einem Gehalte von 2200 Thlr. dotirt sind. Nun allerdings, meine Herren, sind die Appellationsgerichte zu Wiesbaden, Kassel und Kiel jetzt besetzt mit Mitgliedern der früheren Obergerichte dieser Provinzen, aber die werden die Qualifikation doch erst erlangen nach 4 Jahren. So viel ich weiß, daß Schwierigkeiten in diesen drei Landestheilen überall nicht entstehen, wenn man im § 3 den Ausdruck „Appellationsgericht“ sachlich nimmt, und nicht an den Namen sich hält, den diese Gerichte früher hatten. Denn darüber kann gar kein Zweifel sein, daß das Appellationsgericht in Wiesbaden, daß die verchiedenen Obergerichte in Kurhessen, und das Obergericht in Glückstadt, daß diese Gerichte Appellationsgerichte waren; ihr Beruf war Appellationen zu entscheiden und nur ausnahmsweise gelangten an sie Sachen erster Instanz. Nimmt man also den Begriff „Appellationsgericht“ sachlich, nicht wörtlich, so hat die Sache für die 3 Landestheile überall kein Bedenken. Ganz eigenthümlich liegen aber die Verhältnisse in Hannover.

Ich kann, nachdem ich die Sache näher erwogen habe, die Versicherung abgeben, daß wenn in diesem Augenblicke eine Vakanz im hiesigen Oberappellationsgerichte entstände und es erforderlich wäre, an die Stelle eines Rathes, der einem hannoverschen Gerichte früher angehört, einen neuen Rath aus Hannover zu wählen, ich nicht in der Lage wäre, diese Anstellung vorzunehmen. Ich glaube nicht, daß es mir möglich sein würde, eine auch nur einigermaßen den Verhältnissen entsprechende Wahl zu bewirken. Die Sache liegt nämlich in Hannover so, daß die Befoldungsverhältnisse des früheren Oberappellationsgerichts zu Celle verhältnißmäßig sehr günstig waren. Das Minimal-Gehalt dieser Räte beträgt 2300 Thlr. und steigt bis auf 2700 Thlr.; außerdem haben die Mitglieder dieses Gerichtes darin eine außerordentlich günstige Lage, daß sie Interessenten einer Wittwenkasse sind, die als Stiftung des Oberappellationsgerichts besteht, und die ihnen bedeutende Nebensummen gewährt. Die königliche Staatsregierung ist außerordentlich Weise in der Lage gewesen, zwei Mitglieder des Oberappellationsgerichts zu Celle als Räte am hiesigen Oberappellationsgericht anzustellen dadurch, daß sie diesen verhältnißmäßig höhere Befoldungen gewähren konnte und weil das Celler Gericht den Beschluß gefaßt hatte, den Mitgliedern, welche in Folge der Errichtung des Oberappellationsgerichts in Berlin diesem beiträten, die Interessentenschaft an der Wittwenkasse fortwähren zu lassen. Aber jetzt liegt die Sache ganz anders. Wie sollte denn wohl ein Rath in Celle, wenn er auch noch so sehr den Reiz verspüre, Mitglied des obersten Gerichtshofes zu werden, wie sollte der wohl, wenn nicht höchst persönliche Gründe ihn bewegen, sich veranlaßt sehen können, sich mit einem geringeren Gehalte, als er bisher bezog, zu begnügen? Denn ich glaube, man kann gewiß sagen, daß das Leben hier in Berlin ein Drittel theurer ist, als in Celle.

Es ist also, von ganz außergewöhnlichen Umständen abgesehen, gar nicht anzunehmen, daß ein Mitglied des Gerichtes zu Celle sich dazu entschließen sollte, eine Stelle im hiesigen Ober-Appellationsgericht mit verminderter Befoldung anzunehmen. Von den Präsidenten und Vicepräsidenten der Obergerichte gilt dasselbe. Nach alledem ist also eine solche Vacanz hier gar nicht zu besorgen, wenigstens steht der königl. Regierung nicht die geringste Auswahl zu, wenn man festhält, daß das Provinzialrecht Hannovers es auch erheischt, daß diese Vacanz wieder durch einen hannoverschen Rath ausgefüllt wird. Nun geht aus meinem Vortrage, glaube ich, mit aller Bestimmtheit hervor, daß es sich gar nicht handelt um irgend welche Principien, daß ich weit entfernt davon bin zu sagen, die hannoverschen Obergerichte hätten eine höhere Stellung als andere Gerichte; sie haben vielmehr mit den rheinischen Landgerichten und dem preussischen Kreisgerichte dieselbe Organisation, obgleich sie in weit höherem Umfange, als die rheinischen Landgerichte, Gerichte zweiter Instanz sind. Ich wünsche nur Abhülfe für eine bestimmte Sache, um eine irgend angemessene Wahl zu ermöglichen. Ich wünsche nur eine transitorische Bestimmung, da die Verhältnisse, wie sie jetzt bestehen, auf die Länge nicht aufrecht erhalten werden können. Es müssen namentlich die Befoldungs-Verhältnisse des Gerichtes in Celle und des Obergerichts in ein richtiges Verhältniß gebracht werden. Aber so lange das nicht der Fall ist, kann die Staatsregierung ohne eine solche Bestimmung nicht auskommen.

Herr v. Kleist-Regow befürwortet das Amendement; dessen Annahme nach den Erklärungen des Justizministers absolut notwendig sei. Innerhalb der Uebergangsperiode müsse man danach streben, hier in Preußen die Dotations-Verhältnisse der Richter zu verbessern; man solle aber nicht die der Richter in Hannover etwa verschlechtern.

Zustizminister Dr. Leonhardt: Der Zeitraum von zehn Jahren ist allerdings etwas willkürlich, es ist aber das Minimum, bevor eine Ausgleichung möglich ist.

Das Amendement Lippe wird angenommen, und dann § 3 des Kommissionsentwurfs mit diesem Amendement.

§ 4 der Kommission wird ohne Debatte angenommen, ebenso die §§ 5 und 6 der Kommission, und schließlich das ganze Gesetz.

Es folgt der 3. Gegenstand der Tagesordnung: Kondotationsgesetz. — Die Kommission beantragt Annahme des Gesetzes; das Haus tritt dem Antrage ohne Debatte bei.

Der 4. Gegenstand ist das Gesetz, betreffend die Abänderung der Stempelsteuer von Kalendern. — Die Finanzkommission beantragt unveränderte Annahme, das Haus tritt ohne Debatte bei.

Der 5. Gegenstand der Tagesordnung ist das Gesetz, betreffend die Regelung des Etats- und Rechnungswesens in den neu erworbenen Landestheilen für 1867. — Auch dieses Gesetz wird ohne Debatte angenommen.

Der 6. Gegenstand der Tagesordnung ist das Gesetz, betreffend die Einfuhr von Spielkarten und den Handel mit denselben. — Das Haus nimmt dasselbe ohne Debatte an.

Der 7. Gegenstand ist die Verathung über den Accessionsvertrag mit Waldeck. Die beiden Referenten Camphausen und v. Le Coq beantragen. Das Haus möge zu diesem Vertrage seine verfassungsmäßige Zustimmung ertheilen.

Herr Camphausen erstattet das Referat und befürwortet den Antrag, unter Vorlegung des wesentlichen Inhalts des Vertrags. Durch den Vertrag sei allerdings ein sehr complicirtes Verhältniß hergestellt worden, gegen das sich vom theoretischen Standpunkte aus wohl manche Einwendungen machen ließen. Große praktische Rücksichten sprächen jedoch dringend für Annahme des Vertrages. Die Annexion sei aus verschiedenen Gründen gegenwärtig nicht möglich. Die finanziellen Rücksichten traten gegen die politischen weit in den Hintergrund.

Graf Brühl: Es war gar kein Recht vorhanden, Waldeck zu annektieren. Ich bebaue das ganze Geschäft; da ich die souveränen Rechte für zu heilig halte, um sie aus finanziellen Gründen abzutreten. Es ist indeß geschehen und jetzt wohl nicht mehr zu ändern. Ich werde deshalb jetzt für den Vertrag stimmen.

Korreferent v. Le Coq: Der Vertrag selbst ist ein notwendiges Komplement der Gründung des Norddeutschen Bundes, da es Waldeck ohne denselben unmöglich gewesen wäre, in den Bund einzutreten.

Der Vertrag wird einstimmig genehmigt.

Mehrere Petitionen, betreffend die Veranlagung von Steuern in Hannover, werden durch den Erlaß des Finanzministers vom 29. November für erledigt erachtet.

Der Präsident theilt mit, daß außer dem Schulgesetz dem Herrenhause gegenwärtig keine Vorlagen mehr zur Verathung vorliegen. Die nächste Sitzung nach dem Feste sei also noch unbestimmt. Er schloß die Sitzung mit

den Worten: „So wünsche ich Ihnen denn Allen von Herzen ein gutes und segnetes Fest und ein gutes Wiedersehen nach dem Feste.“

Schluß 2 1/4 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

21. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 20. Dez. Eröffnung 10 1/4 Uhr. Am Ministertische v. Selchow. Die Verberathung über den Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums wird fortgesetzt.

Zu Tit. 14 (Landwirthschaftliche Akademie) spricht Abg. Fischer den Wunsch aus, daß das Ministerium sein Augenmerk auf das landwirthschaftliche Institut zu Halle richten und bei der vorzüglichsten Leistungsfähigkeit desselben Zuschüsse aus Staatsmitteln gewähren möge.

Abg. Hoyerbed: Ich hatte gewünscht, daß aus den durch Aufhebung der Akademie zu Walddau disponibel gewordenen Mitteln ein Ertrag dadurch geschaffen wäre, daß man ähnlich wie in Halle an der Universität Königsberg einen landwirthschaftlichen Lehrstuhl errichtete.

Minister v. Selchow: Das Institut zu Halle ist aus der dortigen Universität hervorgegangen und steht deshalb unter dem Kultusministerium, welches auch erhebliche Zuschüsse leistet. Die aus der Walddauer Akademie disponibel gewordenen 7990 Thlr. sind für die Akademien in Eldena und Poppelndorf, sowie namentlich für landwirthschaftliche Versuchsanstalten aufgewendet. Auf Errichtung eines landwirthschaftlichen Lehrstuhls in Königsberg hat die Regierung ebenfalls bereits ihr Augenmerk gerichtet, und nur finanzielle Gründe und der Umstand, daß eine geeignete Persönlichkeit noch nicht gefunden ist, haben dieselbe bisher gehindert.

Zu Tit. 15 (niedere landwirthschaftliche Lehranstalten), beantragt Abg. Witt die Regierung aufzufordern, die für niedere Lehranstalten pro 1868 geforderte Summe von 35,343 Thlr. für 1869 zu erhöhen und die zu beantragende Summe im Interesse der Beförderung des landwirthschaftlichen Wanderunterrichts und der landwirthschaftlichen Mittelschulen zu verwenden.

Ein Abg. der Provinz Posen wünscht, daß man an den landwirthschaftlichen Schulen im Großherzogthum nur der polnischen Sprache mächtige Lehrer anstellen möge.

Abgeordneter Buddenberg wünscht eine Berücksichtigung des Bauernstandes je nach den verschiedenen provinziellen Verhältnissen und Kulturzuständen.

Abg. Redeker: für den Antrag. Es ist sehr schwer, einen richtigen, rechtsschaffenden Bauer zu erzielen, „so daß er im inneren Herzen spürt, was er erwirkt mit seiner Hand“. Dies Problem ist namentlich glücklich gelöst in der Ackerbauschule zu Hildesheim. Die jungen Leute lernen dort nicht ihren Stand verachten, wie es in vielen andern Orten geschieht, es ist dies zu einer freudigen Erfüllung unseres Brauchs sehr wesentlich, ich selbst bin stolz, mich einen hannoverschen Bauer nennen zu dürfen. Wenn Sie derartige Schulen unterstützen und ihre Ausbreitung fördern, werden Sie sich den gesamten Bauernstand verpflichten, der in Hannover ungefähr 90 Prozent des Grundbesitzes inne hat. (Lebhaftes Bravo.)

Minister v. Selchow: Er sei principiell mit dem Antrage durchaus einverstanden, doch halte er ihn für überflüssig, da die Regierung das, was derselbe bezwecke, bereits seit Jahren erstrebe. Eine Berücksichtigung der verschiedenen Kulturzustände in den einzelnen Provinzen habe stets stattgefunden; so habe man für die 6 östlichen Provinzen hauptsächlich niedere Schulen gegründet, während am Rhein und Westfalen, so wie jetzt in Hannover sich ein größeres Bedürfnis für Mittelschulen herausgestellt habe. Der Wunsch, den Etat für diese Schulen wesentlich zu erhöhen, finde seine Grenze an der Finanzlage des Staates, die eine Verwendung größerer Mittel für derartige Zwecke nicht gestatte. Jedenfalls werde die Regierung jedem Institut, das durch eine geeignete Persönlichkeit die Garantie für eine geeignete Wirksamkeit gebe, die möglichste Unterstützung gewähren.

Der Abg. Brom und Ullrich, welche auch für Pessen das Bedürfnis nach Ackerbauschulen aussprechen, giebt der Minister v. Selchow befriedigende Zusicherungen.

Abg. Graf Eulenburg legt der Regierung dringend an's Herz, bei Neugründung niederer Ackerbauschulen, die sich für die östlichen Provinzen als vorzüglich geeignet erwiesen, dieselben weniger knapp zu dotiren als bisher. Der Antrag des Abg. Witt wurde hierauf fast einstimmig angenommen.

Zu Tit. 47. (Spezielle Zwecke) beantragt Abg. Hensen, die Regierung aufzufordern, zur Förderung unserer Küsten- und Hochseefischerei wissenschaftliche Untersuchungen über den Zustand des Fischereibetriebes an den Küsten, namentlich der neu erworbenen Provinzen, anstellen zu lassen und über deren Resultat dem nächsten Landtage Mittheilung zu machen.

Der Antragsteller motivirt seinen Antrag durch die geringe Ausdehnung und ungenügende Organisation des Fischereibetriebes an den neu erworbenen Küsten, und die Nothwendigkeit entsprechende Untersuchungen den Maßnahmen zur Beförderung derselben voranzutreiben zu lassen. Von Zoologen, deren Aufgabe dies zum Theil sei, könnten nicht selbstständige Arbeiten in dieser Richtung erwartet werden, da ihre Stellung in materieller Beziehung meist ungünstig und durch den Wegfall der Zoologie aus dem medicinischen Examen zum Theil noch drückender geworden sei. So könne man z. B. von dem Vertreter dieser Wissenschaft in Göttingen, der als verheiratheter Mann 700 Thlr. Gehalt beziehe, nicht erwarten, daß er außerhalb seines Wohnsitzes auf eigene Kosten Untersuchungen anstelle, in Kiel werde eine solche Professur erst geschaffen und in Rostock scheine dieselbe eingegangen zu sein. Es empfehle sich deshalb, daß die Regierung thätig sei, um durch eigene Initiative die Grundlagen für die Förderung der Fischerei zu gewinnen.

Abg. Schmidt (Stettin): Den Beweis für die Wichtigkeit des Gegenstandes liefert der Umstand, daß das englische Parlament und die belgische Landesvertretung denselben wiederholt ihre Aufmerksamkeit zugewendet. In England war eine parlamentarische Kommission drei Jahre lang thätig und räumte in ihrem Schlußbericht die Bedeutung der Nordsee, deren Fläche eine reichere Ernte liefere als der beste Acker. Die Amerikaner ziehen allein aus dem Aulterfange gegen 30 Millionen Dollars. Der bekannte gemeinnützige Generalkonful Sturz hat auf einer Reise in Amerika durch Verkehr mit unterrichteten Männern die Erfahrung gemacht, daß die Verpflanzung eines dort sehr beliebten Tafelfisches, des Waß nach der Nordsee, so wie die Anlage neuer Aulterbänke mit der amerikanischen Aulter, die an Größe und Wohlgeschmack die unsrige um das Vierfache übertrifft, an der preussischen Nordseeküste sehr wohl ausführbar sei. An der Weser, Elbe, Weichsel zeigt sich die Neigung, die Fischerei mit besseren Booten nach englischen Vorbildern zu betreiben und mehrere Tausend neuer Boote könnten an dem ganzen Küstenstrich die Schätze aus der Speisekammer des Meeres zu Tage fördern, ohne dieselbe zu erschöpfen. In Nothzeiten wird der Verdienst den vielen Familien aus diesem Erwerbszweige ziehen können, eine Katastrophe minder schwierig erscheinen lassen und die gewonnenen Nahrungsmittel werden einen nicht unwichtigen Handelsartikel bilden.

Abg. Dr. Bähr hält es für ungerechtfertigt, nur die neu erworbenen Provinzen zu berücksichtigen und will er daher die Worte „namentlich der neu erworbenen Provinzen“ streichen.

Minister v. Selchow: Die Regierung läßt ermitteln, an welchen Orten die Fischerei am geeignetsten betrieben und Aulterbänke angelegt werden könnten. Neben den Vortheilen, die das Ausblühen eines neuen Erwerbszweiges mit sich bringt, ist es namentlich auch der Umstand, daß die Fischerei für die Marine von der höchsten Wichtigkeit ist, die den preussischen Staat veranlassen muß, seine ganze Aufmerksamkeit derselben zuzuwenden. Die Regierung wird deshalb Alles thun, um den Fischereibetrieb nach Möglichkeit zu heben. (Bravo.)

Hinsichtlich einer Position von 3400 Thlr. zur Förderung der Fischerei in der Provinz Schleswig-Holstein fragt der Abg. Dr. Franke, ob und welche Folge bisher durch die ausgeworbenen Staatsmittel erreicht seien.

Minister v. Selchow erklärt, daß die seit der Verwendung des Geldes bis jetzt zu kurz sei, um ein bestimmtes Urtheil über die erreichten Resultate auszusprechen.

Nachdem der Abg. Dr. Hensen sich mit dem Amendement des Abg. Dr. Bähr einverstanden erklärt hat, wird sein Antrag nebst dem Amendement mit großer Majorität angenommen. (Schluß folgt.)

Das Haus genehmigt demnächst die Forderungen für Meliorationen und Weichbauten, für Pferdereformen, sowie den Etat der Gestütverwaltung.

Lokales und Provinzielles.

Fosen, den 21. Dezember.

Die Weihnachts-Vorfeier, welche die Königl. Louise-Schule gestern, Freitag, Abends um 6 Uhr in gewohnter feierlicher Weise (Bortsetzung in der ersten Beilage.)

1867.

Ulrici, Konditor.

Forst Steierke b. Schwerfenz ver-
kauft täglich trockenes Kiefern- und Birken-
Klobenholz laut Tage.

**Englische
Schmiedefohlen**
sind billigst abzulassen **Wallischei 25.**



Auktion

zu **Gollmitz** b. Prenzlau über
35 Rambouillet-Vollblutböcke,
am **13. Februar**, **Mittags 12**
Uhr. Verzeichnisse werden auf Wunsch
franco zugesandt. **G. Mehl.**



Auktion

in Gerswalde bei
Bahnh. Wilmers-
dorf u. Prenzlau,
vorpommerscher
Eisenbahn, über
28 Rambouillet-
und **50 Rambouillet-Negretti-Böcke**
am **14. Februar 1868**, **Mittags**
12 Uhr. Verzeichnisse auf Verlangen
zugesandt. **Finck.**



Sonntag

den **22. Dezember**
bringe ich mit dem
Frühzuge einen großen Transport frischmel-
tender **Rehrüder Röhre** nebst **Rälbern**
in Reilers Hotel zum Verkauf.
W. Hamann.

Sicht- und Rheumatismus-Leidende

mache ich hierdurch auf mein Lager

Leirischer Waldwoll-Watte und Präparate

als die anerkannt wirksamsten Mittel gegen obige Uebel wiederholt aufmerksam.

Haupt-Niederlage bei

Eugen Werner,

Wilhelmsplatz 6.

Ausverkauf zurückgesetzter Kleiderstoffe, Teppiche etc. Gute
Qualitäten zu außerordentlich billigen Preisen.

Posen, Markt 63. Robert Schmidt (vorm. Anton Schmidt).

Die Fabrik von

Wollen- und Strumpfwaaaren und Fantasie-Artikeln

von **J. Jaekel** aus Berlin,

Schuhmacher-Reihe, vis-à-vis der Konditorei des Herrn **A. Pfner**,
kenntlich an der Firma, empfiehlt zum Markte zu wirklich außergewöhnlich billigen
Preisen ihr wohl assortirtes Lager **Strickwolle** à Pfund (Zollgewicht) von
1 Lhr. 2 Sgr. 6 Pf. an, **Serren-Unterbeinkleider** von **12 1/2 Sgr** an,
Tricot-Jacken von **1 Lhr.** an, **Seelenwärmer**, **Strick-Jacken** etc.
zu entsprechend billigen Preisen bei **Prima-Qualität**.

Großes Pelzwaaren-Lager

befindet sich **Wasserstraße 27. Philippsohn Holz.**

Long-Chales- und Tücher-Fabrik

vom Webermeister **C. Schultz** aus Berlin

verkauft reine Wollen-Umschlagetücher von **1 Lhr.** an, reine Wollen-Doppel-
Chales von **1 Lhr. 25 Sgr.** an, gewirkte Long-Chales in reiner Wolle (wofür ich
garantire) von **8 Lhr.** an, die sonst **20 Lhr.** kosten, werden mit **13 Lhr.** ver-
kauft u. s. w. — Stand vis-à-vis von Herrn **Anton Schmidt**, in der querstehen-
den Bude. Firma: **C. Schultz** aus Berlin.

Gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts.

Wir beabsichtigen unser Geschäft vollständig aufzulösen und werden zu dem
Zwecke unser ganzes Lager in seidenen, wollenen und baumwollenen Waaren zu
bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf stellen.

M. Magnuszewicz & Co.,
Neuestraße 5.

Weihnachts-Ausverkauf

bei **E. Löwenthal,**

Markt, unterm Rathhause Nr. 5.

Für **nur 10 Sgr.** 1 Carton, enthaltend:
12 Schreibhefte, 1 Diarium, 1 Federkasten, 2
Bleistifte, 2 Federhalter, 2 Griffel, 6 Stahl-
federn, 1 Lineal, 1 Gummi, 1 Notizbuch

Für **nur 5 Sgr.** 1 Carton, enthaltend:
5 Schreibhefte, 1 Diarium, 1 Federkasten, 1
Bleistift, 1 Federhalter, 1 Griffel, 1 Stahl-
feder, 1 Lineal, 1 Gummi.

**Stearin- u. Paraffinkerzen, Wachs-
stöcke, Baumlichte** zu Fabrikpreisen.
Briefmappen à 2 1/2 Sgr. bis 1 Thaler.
100 Bogen Briefpapier für 5 Sgr.
100 Briefcouverts für 3 Sgr.

Auswärtige Bestellungen werden zeitig erbeten.
E. Löwenthal, Markt Nr. 5.

Haupt-Lager

Corsets

in bekannter Güte und Aus-
wahl bei

S. Tucholski,

Wilhelmsstr. 10.



C. EHLERT,



Markt 72.

Herren-Garderobe-Magazin,

Markt 72.

ist in allen Nouveautés reichhaltig assortirt und empfiehlt solche zu civilen Preisen.

Aufträge werden prompt effectuirt.

Diverse Pariser Ausstellungs-Artikel, als: **Regenschirme, Spazier-
stöcke, türkische Pfeifen, Leuchter, Shawlnadeln und Man-
schettenknöpfe** empfehlen zu **Weihnachtsgeschenken** für Herren

Loga & Bieliński,

Wilhelmsplatz Nr. 1.

Weihnachts-Geschenke,

für jedes Alter passend,

zu **bedeutend herabgesetzten Preisen**

bei

Gebr. Korach,

Markt Nr. 40.

Paletots, Mäntel, Jacken,
Fertige Anzüge, Jupons, Ba-
schmiks, Blousen, Capotten etc.
in größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

Posen, Robert Schmidt
Markt 63. (vorm. Anton Schmidt).

Einen bedeutenden Theil unseres fertigen Herren-Garderoben-Lagers, bestehend in
schwarzen Tuchröcken, Jaquetts, Beinkleidern, Westen
u. s. w. haben wir auf den **halben Kostenpreis** herabgesetzt und vom heutigen
Tage ab zum **Ausverkauf** gestellt.

Loga & Bieliński.

Zu Weihnachts-Geschenken

bieten die mannigfachen Artikel des
Magazins für Haus- und Küchengeräthe

von

S. J. Auerbach

die umfassendste Auswahl.

Die billigsten und besten

Samenleinen, Inlette, Büchleinwand, bunte,
weiße u. ungebleichte Barchente, Flannels, Warps,
Handtücher, Tischzeuge, Regligestoffe, Mulls,
Gardinenzeuge, Taschentücher etc. offerirt
S. W. Scherek,
Wasserstraße 7. eine Treppe.

Prager Stiefel

in großer Auswahl für Damen, Herren und
Kinder in allen Gattungen zu haben bei **A.**
Apollant, Wasserstr. 6.

Auch sind **Regenschirme** in großer Aus-
wahl und in allen Gattungen vorrätig.

**Ausverkauf von Kleider-
stoffen, Mänteln, Paletots u.**
Jaquetts, Reisedecken, woll.
u. leinenen Hemden, Shawls
und Tüchern, Teppichen etc. zu
enorm billigen Preisen.

Neuestr. **S. H. Korach.** Neuestr. 4.

Ein Repositorium,
zum Materialgeschäft passend, wird gekauft. Wo?
ist in der Expedition d. B. gesagt.

Es wurden mir diverse Bijouterie-Sachen, als: Cigarren-Stuis, Portemonnaies,
Nähtaschen etc. in Kommission gegeben, werde dieselben zu **Spottpreisen**
verkaufen und empfehle dies der Beachtung eines hochgeehrten Publikums bei Gelegen-
heit des herannahenden **Weihnachtsfestes**, zu welchem
ich auch zu **Geschenken** gleichzeitig auf mein sehr reich assortirtes Lager der rühm-
lichst bekannten plattisch-porösen Kohlen-Erzeugnisse, als: **Wasserfilter, Zündholz-
reiber, Blumentöpfe, Pfeisentöpfe u. Cigarrenspitzen**, welche an Eleganz,
Billig- und Brauchbarkeit mit den Meerschaumpitzen konkurriren können, auf-
merksam mache!

Das Commissions- & Agentur-Geschäft

von

Wilhelm Loewenstein,

Breslauerstrasse Nr. 36.,

Eingang: Taubenstrasse 4.

Thurm-Uhren.

Hierdurch erlaube mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich von Herrn
C. Weiss, Thurmuhren-Fabrikant in Ologau, welcher hiersebst die neue
Rathhaus-Uhr, die Uhr auf der Gasanstalt und im Friedrich-Wilhelms-Gymna-
sium angefertigt hat, Thurmuhren in Kommission übernommen habe und zu den-
selben Preisen abgebe, wie Herr **C. Weiss** in Ologau selbst, auch jede Garantie
dafür übernehme.

In der Ausstellung im Hôtel de Saxo habe ich eine fertige Thurmuhr.
ganze und halbe Stunden schlagend, sehr sauber gearbeitet, für den Preis von
150 Lhr. inkl. allem dazu Gehörigen und Aufstellung derselben mit inbegriffen,
zu gefälliger Ansicht aufgestellt.

Ich bitte die geehrten Herrschaften, sich bei vorkommendem Bedarf an mich
zu wenden.

E. Günter,

Uhrmacher.

Das optisch-physikalische Institut von J. R. Gaebler, Posen, Bergstraße 9.

empfeilt die größte Auswahl von **Barometern, Thermometern, Opern-
gläsern** von der billigsten Sorte in schwarzem Lack bis zu der aller-
feinsten in **Emaille, Elfenbein** und schwerer Vergoldung, jede Art von
Vorgnetzen, Brillen etc., Reifzeuge zu allen Preisen, so wie sämtliche dieses Ge-
schäft betreffende Artikel. Auch erlaube ich mir, bei der jetzigen Jahreszeit auf
meine selbst angefertigten Inhalations-Apparate aufmerksam zu machen.

Als nützlichstes Weihnachts-Geschenk
empfehle ich

Wheeler & Wilsons

acht amerikanische Nähmaschine,

welche sich aufs Neue als das Vorzüglichste in diesem Manufakturzweig bewährt
hat. Die Pariser Weltausstellung hat durch Zuerkennung des wirklich
höchsten Preises,

„der goldenen Medaille“,

sie auf den ersten Platz gestellt.

Auch **Schuhmacher- und Sandmaschinen** stets vorrätig.

A. Heinze,

jetzt Alten Markt 10., Eingang: Kurze Gasse.

Chemnitzer Kohlen-Plätteisen

(ohne Bolzen zu plätten) neuester Konstruktion,

Fleischhackmaschinen

zu praktischen Weihnachtsgeschenken sich eignend, empfiehlt

das Magazin für Haus- und Küchengeräthe von

S. J. Auerbach.

Specialität für Delbilder, Kupferstiche, Photographien, Delbrücke, Album, illustrierte Pracht- und Kupferwerke, Stereoscopien und Apparate.

J. Lissner,

Buch-, Kunst- und Antiquariats-Handlung, Wilhelmsplatz 5.

Einladung zum Abonnement. Die Landwirthschaftliche Zeitung

für das
Großherzogthum Posen,
unter Mitwirkung von **H. Lehmann**, Mitglied des R. Land.-Def.-Rath.
und Anderer
herausgegeben
von
O. Roux,
beginnt mit dem 4. Januar 1868 einen neuen Jahrgang. Pränumerationspreis, wie bisher, 15 Sgr. pro Quartal. Zu subscribiren bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

Ausverkauf von älteren, zum Theil etwas rampornirten, aber durchaus noch brauchbaren Jugendschriften, Bilderbüchern, Spielen, zu sehr ermäßigten Preisen in der Buchhandlung von
Louis Türk, Wilhelmsplatz 4.

Neuestes Komplimentirbuch

für den guten Ton und feine Sitten!
Anleitung, um sich in Gesellschaften, bei allen Besichtigkeiten, bei Tanz und anderen Gelegenheiten als **gebildeter Mann** zu benehmen, sich durch seine Lebensart beliebt zu machen und die Gunst des schönen Geschlechts zu erwerben.
Nebst Pfänderspielen, Blumenproben, Stammbuch-Aufgaben etc.
Herausgegeben von **C. Albert.**
Preis 12½ Sgr.

Zu haben in der Buchhandlung von **Joseph Jolowicz, Markt 74.**

Die kleine deutsche Köchin.

Allgemein sachliche und genaue Anweisung zur Führung einer schmackhaften, abwechselnden und dabei wohlfeilen Küche.
Auf 50jährige Erfahrungen begründet und herausgegeben von

Louise Richter.

Ergänzt durch ein nach den Jahreszeiten und Monaten geordnetes Küchenzettelbuch von **Louise Charl. Sommer**, geb. **Gabian**. Eleg. broch. Preis 7½ Sgr.
Die kleine Köchin enthält nahe an 600 Recepte zur Zubereitung aller Arten Speisen, als: 60 Suppen, 88 Fische, 60 Gemüse, 110 Bratenfleisch, Wild und Geflügel, 75 Saucen, 18 Pudding, 39 Klöße, Pfannkuchen und Eier, 30 Früchte und Kompots, 55 Pasteten, Backwerk und Torten, 50 Gelees und Eingemachtes etc.

Die praktische Brauchbarkeit dieses Buches und der Wert seiner Recepte ist durch einen Abzug von mehr als **hunderttausend Exemplaren**, die in zwanzig Auflagen über ganz Deutschland verbreitet, entschieden.

Vorräthig in Posen bei **Ernst Rehfeld, Wilhelmsplatz 1.**

Neue

Kinder-Gesellschaftsspiele

vorräthig in **M. Leitgeber's** Buchhandlung,
Wilhelmsplatz Nr. 3. (Hôtel du Nord).
Neuestes Würfel-Spiel, 10 Sgr.
Der Schachhof, 1 Thlr.
Extrahirt nach Berlin, 1 Thlr.
Puppier Sieges-Spiel, 1 Thlr.
Erführung der Puppier Schanzen, 15 Sgr.
dasselbe große Ausg. in eleg. Karton 1 Thlr.
Struwwelpeter, 15 Sgr.
dasselbe große Ausg. in eleg. Karton 1 Thlr.
Blücher-Spiel, 1 Thlr. 7½ Sgr.
Neues Kriegsspiel 1866, 20 Sgr.
Von Turnau bis Königgrätz, 15 Sgr.
Die Schlacht bei Königgrätz, 15 Sgr.
Neues Kriegsspiel, 20 Sgr.
Neues Kladderadatsch-Spiel, 15 Sgr.

Als passendes Weihnachtsgeschenk empfehlen: **prachtvoll und in Seide gewebt** die Bildnisse unseres Herrn und Heilandes

Jesus Christus

und der
heiligen Jungfrau Maria,

jedes 1½ Zoll hoch und 1 Zoll breit, in Medaillonform, daher gleich geeignet zu Zimmer- und Gebetbücher-Verzierungen, wie in Medaillons zu fassen.

Preis, einzeln 6 Sgr., beide zusammen 10 Sgr.

Zu haben in der Expedition der Posener Zeitung.

Sehr elegante Festgeschenke zu mäßigen Preisen:

Göthe's Frauengestalten, 21 Photographien in Folio mit Text von A. Stahr 18 Thlr. — Ausgabe in 8. in elegantem Album 7½ — 8 Thlr. — **Pecht und Ramberg's Göthe-Galerie** mit 50 Stahlstichen in eleg. Leinenbd. 15 Thlr. — do in Saffian 16 Thlr. — do. **Schiller-Galerie** in Leinenbd. 15 Thlr. do in Saffian 16 Thlr. — do. kleine Ausgabe in Leinenbd. 5 Thlr., in Saffian 6 Thlr. — **Kaufbach's Schiller-Galerie**, 21 Photographien in eleg. Album 7 Thlr. — **Overbeck's Weihnachts-Album** (diesjährige Novität), 12 Photographien in Folio 11½ Thlr. — **Kaufbach's Münchener Künstler-Album**, 12 Blatt Photographien mit Text (diesjährige Novität) 8 Thlr. — **Düsseldorfer Künstleralbum** 1868, Fol., sehr eleg. geb. 7 Thlr. — **Ältere Jahrgänge billiger.** — **Deutsche Kunst in Lied und Bild**, 1868 5 Thlr. — **Ältere Jahrg.** a 2½ — 3 Thlr. — **Hartmann, Märchen** mit Illustrationen von **Doré** in Prachtband 4 Thlr. — **Stille, Das Jahr in Blüten und Blättern**, illustriert von **Hermine Stille**, sehr eleg. geb. 13 Thlr. — **Hiddemann, Illustrationen zu Heuer**, 3 Hefte a 1½ Thlr. — **Denkmäler der Kunst**, Bilderatlas zu Völkern, Kunstgeschichte, Prachtausgabe, 2 Bde. sehr eleg. geb. 40 Thlr. — do. wohl. Ausgabe, eleg. geb. 7 Thlr. etc. vorräthig bei

Louis Türk,
Wilhelmsplatz 4.

Schönes Weihnachtsgeschenk!

Für den Weihnachtstisch empfehlen wir das nun in 7. Auflage erschienene und bereits in 38,000 Exemplaren verbreitete:

Illustrirte Kochbuch

für bürgerliche Haushaltungen, wie auch für die feinere Küche von

L. Kurth,

Inhaber einer Koch-Vehranstalt für junge Damen in Berlin; früher Koch Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Putbus etc. u. des Herrn v. Magnus.

Mit 105 in den Text gedruckten Holzschnitten und der Abbildung einer Küche im königl. Schlosse zu Berlin.

Broschirt 1½ Thlr. — Gebunden 2 Thlr. Es ist dies das beste, zweckmäßigste und billigste Buch, welches die betreffende Literatur bis jetzt aufzuweisen hat.

Leipzig, Literarisches Institut. Vorräthig in Posen bei

J. J. Heine,
Markt 85.

Photographie-Albuns

zu 25, 50, 100 und 200 Bildern, einfach und elegant, verkauft zu den billigsten Fabrikpreisen

Joseph Jolowicz,
Markt 74.

Annoncen jeder Art werden von unterzeichnetem Bevollmächtigten in alle Zeitungen aller Länder zu Original-Preisen prompt besorgt. Bei grösseren Aufträgen mit üblichem Rabatt. Ueber jedes Inserat wird der Beleg geliefert.

H. Engler's Annoncenbureau in Leipzig.

Siehe! dein König kommt zu dir sanftmüthig.

Welch' ein Gruß ist das? so fragten mich meine 80 hilflosen Kinder und Wittwen, welche in den hiesigen 3 christlichen Samariterherbergen eine rettende und pflegende Liebe gefunden haben. Als ich ihnen deutend sagte: Das ist der erste Gruß des herannahenden Weihnachtstages, den dasselbe durch seinen heiligen Adventsboten sendet, da wurden alle Herzen fröhlich in Hoffnung, daß der Herr wieder und wieder die lebendigen Ströme seiner Liebe in die Herzen seiner Jünger gießen und die Niedrigen erheben und die Hungrigen mit Gütern füllen werde. Obgleich viel allgemeine Noth und Sorge wie finstere Schatten jetzt auf Gottes Erde ruhen, so will ich es doch wagen, für meine harrenden Zöglinge und Pfinglinge einen Weihnachtstisch aufzurichten und will es in betender Demuth dem gnadenvollen Willen und Walten meines Herrn anheimstellen, wie und wo er christliche Herzen und Hände erwecken werde, um jenen Tisch auch zu bereiten. Die fragenden Blicke, mit denen mich meine vielen Kinder jetzt auf Schritt und Tritt begleiten, werde ich mit dem tröstlichen Adventspruche beantworten: Der Herr ist nahe, forget nicht.

So möge denn dieses bittende Wort von dem Munde und Herzen eines Unbekannten in die weite Christenwelt hineingehen und vom Herrn die Kraft empfangen, auf daß vieler Herzen Gedanken offenbar werden. Mit dankbarer Freude werde ich die eingehenden Spenden auf den Tisch meiner Kinder legen und den Empfang derselben auch von Zeit zu Zeit durch dieses Blatt den lieben Gebern melden.

Preschen in der Provinz Posen, den 1. Dezember 1867.

Strecker,

ev. Pfarrer und Vorsteher von drei christlichen Liebesanstalten.

Morgen, den 22. Nachmittags halb 3 Uhr, findet in Keylers Hotel die diesjährige Verloosung zum Besten des jüdischen Töchter-Vereins statt.

Der Vorstand.

Dankagung.

Die Destillateure Herren **Gebrüder Pinus und Silbermann** haben der Kasse des hiesigen Landwehrevierverein ein Weihnachtsgeschenk von 30 Thalern gemacht, wofür wir im Namen des Vereins hiermit öffentlich unsern herzlichsten Dank aussprechen. Da der Landwehreverein ein Institut der Wohlthätigkeit ist, durch welches nicht allein den braven Wehrmännern ein feierliches Begräbniß bereitet wird, sondern dessen Hauptaufgabe darin besteht, in den Tagen des Friedens einen Fond zu sammeln, wann der König seine Landwehren zu den Bahnen ruft, und sie hinausziehen zum Kampfe fürs Vaterland, für die verlassen Familien derselben fräftig zu sorgen, und sie vor Noth und Elend zu schützen, so haben wir den Wunsch: daß Viele solch edler patriotischer Männer unsrer Stadt sich finden mögen, wie die oben genannten Herren, die den wohlthätigen und gemeinnützigen Zweck unseres Vereins erkennen und denselben nach Kräften unterstützen.

Der Vorstand des Posener Landwehrevierverein.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Frä. Emma Schröder mit Gutsbesitzer Karl Sasse in Schmerberg.

Verbindungen. Hr. Karl Richter mit Frä. Anna Reibe in Lübbenau.

Geburten. Ein Sohn dem Hauptmann Wilde in Hannover, dem Prem.-Lieut. Weinberger in Hendsburg. — Eine Tochter dem Hrn. Eduard Kühn in Königsberg i. P., dem Seminar-Direktor Trinius in Kammin, dem Rechtsanwalt Hochbaum in Gisleben, dem Hauptm. M. Gailwitz in Sulda.

Todesfälle. Frau Wilhelmine Aug. Lieb in Berlin, Frä. Minna Kadene in Berlin, Lieutenant a. D. Georg Bernhard Pratorius in Berlin, Herrn C. Schreiber Tochter, Helene, in Berlin, Dr. med. Eduard Gock in Gölitz, Frau

Professor Anna Flemming in Altenburg, Frä. Bertha Gollmitz in Nizza, Hauptm. Adalbert v. Wagenfeldt in Danzig, Kreisgerichts-Sekret., Premier-Lieutenant a. D. Karl Friedrich Wilhelm Bernede in Kalbe a. d. W.

Stadttheater in Posen.

Sonnabend den 21. Dez. Zum vorletzten Male: **Die Kalospintchromotrene.** Vorher neu einstudirt: **Der beste Ton.** Lustspiel in 4 Akten von Dr. Karl Löffler.

Sonntag den 22. Dez. Zum letzten Male **Die Kalospintchromotrene.** Vorher zum ersten Male: **Knecht Ruprecht.** Weihnachtsmärchen mit Gesang in 2 Akten und einem Vorspiel von E. Jacobson und H. Linderer. Musik von A. Konradi. Hierauf: zum fünften Male: **Die schöne Salthea.** Operette in 1 Akt. Musik von Franz v. Suppée.

Hildebrand's

Sommertheater.
L. Broekmann's
Cirque Quadrumane.

Sonntag d. 22. Dezember zwei große Vorstellungen um 4 u. 7 Uhr. Montag eine Vorstellung Abends 7 Uhr. Kassenöffnung 1 Stunde vor Beginn. Billets vorher beim Portier im Hôtel de Rome. **L. Broekmann.**

Nicht zu übersehen!

Auf meiner Durchreise kann ich nicht unterlassen, mein neues, höchst kunstreiches Kabinett den geehrten Bewohnern **Posens** und der Umgegend vom 21. d. M. ab einige Tage zur geneigten Ansicht zu stellen. Das Kabinett enthält den Siegeszug der preussischen Armee in Böhmen und am Main, bis zum feierlichen Einzuge in Berlin. Ferner die Erhebung des Kaisers Maximilian nebst 2 seiner Generale in Mexiko am 19. Juli 1867, von dem berühmten königlichen Schlachtmaler aus Berlin an Ort und Stelle photographisch aufgenommen und gefertigt. Das Kabinett ist von den höchsten Militärs und Seeresführern als naturgetreu befunden, weshalb ich mir erlaube, dieselben auch zu Posen zur Ansicht dieses Kabinetts einzuladen.

Zum Schluß wird sich die 19jährige Infanterin mit ihrem lebenden Krokodill produciren auf einem freistehenden Theater.

Die Kasse ist von Nachmittags 4 bis Abends 10 Uhr geöffnet und ist der Eintrittspreis 2½ Sgr. Kinder und Militärs ohne Charge die Hälfte. Der Schauplatz ist **Alten Markt 10., vis-à-vis Kronthal & Söhne.**

Steiner.

Volksgarten-Saal.

Sonntag den 22. Dezember 1867
großes Konzert
von der Kapelle des 50. Regiments.
Anfang 5 Uhr. Entrée 1½ Sgr.
Walther.

Asch's Café, Markt 10.

Heute und die folgenden Abende **Konzert** von der Sängergesellschaft **Walter** aus Böhmen.

Die Eisbahn

am **Wilda-Thor** ist eröffnet.
C. Anders,
Schwimmlehrer.

Empfehlung

zum
Abonnement-Mittagstisch,
von Neujahr ab pro Monat 7 Thlr. 15 Sgr. Um gütige Mittheilungen bittet

F. Ortel,

Deconom der Loge.

Sonnabend den 21. d. Mts.
frische Kesselfurst mit Sauerkohl
bei **H. Baer,**
Wasserstraße 14.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Börse zu Posen

am 21. Dezember 1867.

Es sind Geschäftsabschlüsse nicht zur Kenntniß gebracht worden.

[Produktenverkehr.] Das Wetter war in dieser Woche unbeständig, bald Schneefall, bald Schauerregen und Regen, schließlich gelinder Frost. — Die Zufuhr von Weizen war genügend und ging folger bei stöndem Abzuge zunächst auf Lager, für feinere Sortungen wurden höhere Preise angesetzt, 93—97 Thlr., Mittelweizen ging etwas zurück, 85—88 Thlr., ordinaire Waare blieb unverändert, 75—79 Thlr.; in Roggen hatten wir eine ziemlich Zufuhr, die besseren Sorten gingen theils in den drücklichen Konsum über, zum Theil aber wurden solche von dem königlichen Proviant-Amt aus dem Markte genommen, während die übrigen Sorten vornehmlich zu Wasserabladungen benutzt worden sind, schwere Waare behauptete sich in den vorwöchentlichen Preisen, 71—73 Thlr., leichte Waare dagegen stellte sich zurück, 67—69 Thlr.; in allen sonstigen Getreidearten war keine Veränderung wahrzunehmen und es bedang große Gerste 52—55 Thlr., kleine 50—53 Thlr., Hafer 32—35 Thlr.; Buchweizen 42—45 Thlr.; Erbsen, von denen ebenfalls Verladungen vorliefen, bezahlten sich in Roggenwaare mit 64—67 Thlr., Futterwaare mit 60—62½ Thlr.; Kartoffeln 17—18 Thlr. — In Mehl ging es zwar etwas lebhafter, indeß blieb der Umsatz doch immer beschränkt, die Preise für Weizenmehl haben sich nur wenig verändert, Nr. 0. und 1. 6½—6¾ Thlr., während Roggenmehl merklich gewichen ist, Nr. 0. und 1. 5—5½ Thlr. (pro Centner unversteuert). — Das Termingeschäft in Roggen war im Laufe der Woche nur unwesentlichen Schwankungen unterworfen.

Nachdem Kurse bald etwas niedriger, bald etwas höher sich gestalteten, wobei indeß der Frühjahrs-Termin sich ziemlich behauptete, kamen schließlich sämtliche Sichten fast in gerader Linie mit den vorwöchentlichen Schlussnotirungen zu stehen. Roggen-Anmeldungen kamen wiederum nur in sehr wenigen Posen vor. — Spiritus ist fast zugeführt worden, ebenso nahmen die Abladungen per Kahn andauernden Fortgang. Der Handel bewegte sich fortwährend in unerheblichen Variationen. Preise, welche ab und zu etwas nachgaben und anzogen, für den laufenden Termin übrigens immer gedrückt blieben, konnten zum Wochenschlusse die vorwöchentlichen Schlusskurse nicht erreichen. Spiritus-Ankündigungen hatten nur mäßig Statt.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. Decbr. 1867. Die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus, per 8000 % nach Tralles, frei hier ins Haus geliefert, waren auf hiefigem Plage am

13. Decbr. 1867	20½ Rt.
14. "	19½, 20 a 20 Rt.
16. "	20½ a 20½ Rt.
17. "	20½ Rt.
18. "	20 a 20½ Rt.
19. "	20½ a 20 Rt.

ohne Faß.

Die Kestesten der Kaufmannschaft von Berlin.
Berlin, 20. Decbr. Wind: NW. Barometer: 28° Thermometer: Früh 10° +. Witterung: Leichter Frost.

Der heutige Roggen-Markt, welcher luftlos und matt eröffnete, erhielt einen starken Impuls zur Belebung des Geschäfts durch den Andrang des Angebots auf den laufenden Monat, welcher von der Hauffe-Partei ausging. Ein großer Theil der von den jüngsten bedeutenden Kündigungen herkommenden, jetzt in Ordnung gegangenen Ankündigungen ist von dem in letzter Zeit alles abnehmenden Empfänger an die Aussteller mit ansehnlichem Verlust zurückverkauft worden. Der Werth des laufenden Monats ist deshalb bedeutend gewachsen und schließt in flauer Haltung, während die entfernteren Sichten nach einiger Mattigkeit wieder besser bezahlt wurden und fest bleiben. Loko in geringem Verkehr kaum preishaltend. Gefündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 78½ Rtl.

Weizen loko schwer verkäuflich, Termine ruhig und unverändert. Gefündigt 6000 Ctr. Kündigungspreis 86 Rtl.

Häfer loko und Termine still, eher matter. Gefündigt 600 Ctr. Kündigungspreis 32½ Rtl.

Rübsöl wurde billiger verkauft und bleibt matt. Gefündigt 100 Ctr. Kündigungspreis 10½ Rtl.

Spiritus hat heute im Werthe ansehnlich verloren; das Geschäft war aber nicht belebter als in den letzten Tagen.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 85—100 Rtl. nach Qualität, weißbunter poln. 93 Rtl. bz., pr. 2000 Pfd. per diesen Monat 86 Rtl. bz., April-Mai 88½ a 73½ Rtl. bz., Debr. Jan. 73 a ½ bz., April-Mai 72½ a ½ bz. u. Gd., 73 Rtl., Mai-Juni 73 a ½ bz.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. 73—78½ Rtl. bz., per diesen Monat 74½ a 73½ Rtl. bz., Debr. Jan. 73 a ½ bz., April-Mai 72½ a ½ bz. u. Gd., 73 Rtl., Mai-Juni 73 a ½ bz.

Gerste loko pr. 1750 Pfd. 47—57 Rtl. nach Qualität. Häfer loko pr. 1200 Pfd. 31½—33½ Rtl. nach Qualität, 32½ a 33 Rtl. bz., per diesen Monat 32½ Rtl. bz., ½ Gd., Jan.-Febr. 32½ Rtl. verk., April-Mai 35½ bz., 33 Gd., Mai-Juni 33½ a ½ bz.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Roowaare 65—78 Rtl. nach Qualität, Futterwaare 65—78 Rtl. nach Qualität. Raps pr. 1800 Pfd. 79—83 Rtl.

Rübsen, Winter-, 78—82 Rtl. Rübsöl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 10½ Rtl. frei Haus bz., flüssiges 10½ Rtl. bz., per diesen Monat 10½ Rtl. Gd., Debr. Jan. 10½ Gd., Jan.-Febr. 10½ Gd., April-Mai 10½ Rtl., ½ Gd., Mai-Juni 10½ Rtl., ½ Gd.

Leinöl loko 13 Rtl. bz. Spiritus pr. 8000 % loko ohne Faß 20 Rtl. bz., per Februar 20½ Rtl. bz., per diesen Monat 20 a 19½ Rtl. bz. u. Gd., 20 Rtl., Debr. Jan. 20 a 19½ Rtl. u. Gd., 20 Rtl., Jan.-Febr. 20 a 19½ Rtl. u. Gd., 20 Rtl., März 20½ a ½ bz., April-Mai 20½ a ½ bz., Br. u. Gd., Mai-Juni 20½ a ½ bz., Br. u. Gd., Juni-Juli 21½ a ½ bz. u. Gd., ½ Rtl.

Weizenmehl Nr. 0. 5½—5 Rtl., Nr. 0. u. 1. 6½—6 Rtl., Roggenmehl Nr. 0. 5½—5 Rtl., Nr. 0. u. 1. 5½—4½ Rtl. bz. pr. Ctr. unverfeuert. (B. S. S.)

Stettin, 20. Debr. An der Börse. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Trübe, 1° R. Barometer: 28. Wind: N. Weizen wenig verändert, p. 2125 Pfd. loko gelber nach Qualität 92—97½ Rtl., bunter polnischer 91—94 Rtl., ungarischer 86—88 Rtl., feiner do. und mährischer 90—92 Rtl., p. 83½ Pfd. gelber pr. Debr. 93 Rtl. bz., Frühjahr 95½ bz., 95½ Rtl.

Roggen wenig verändert, p. 2000 Pfd. loko 70—74 Rtl., pr. Debr. 73 Rtl. bz. u. Br., Frühjahr 73½, ½ bz. u. Br. Gerste flau, p. 1750 Pfd. loko 49—50 Rtl., feine mährische 51½ Rtl. bz., p. 69½ Pfd. schles. pr. Frühjahr 52½ Rtl. Gd.

Häfer pr. 1800 Pfd. loko 34½—35 Rtl., p. 47½ Pfd. pr. Frühjahr 36 bz. Rübsöl matt, loko 10½ Rtl. bz., pr. Debr. 10 Rtl. Gd., Debr. Jan. 10½ bz., April-Mai 10½ Rtl.

Spiritus matter, loko ohne Faß 20½ Rtl. bz., mit Faß 20 Rtl. bz., pr. Debr. 20 Rtl. Br., Debr. Jan. und Jan.-Febr. 20 Gd., Frühjahr 20½ Rtl., ½ Gd.

Angemeldet: Nichts. Regulirungspreise: Weizen 93 Rtl., Roggen 73 Rtl., Rübsöl 10 Rtl., Spiritus 20 Rtl. (D.M.-Stg.)

Breslau, 20. Debr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, ruhig, ordin. 12—13, mittel 13½—14½, fein 15—15½, hochfein 15½—15½.

Roggen (p. 2000 Pfd.) matter, gef. 1000 Ctr., pr. Debr. 68½—½ bz. u. Br., Debr. Jan. 68 Gd., Jan.-Febr. 68½ Rtl., März 68½ Rtl., April-Mai 68½—½ bz. u. Br., Mai-Juni 69½ Rtl.

Weizen pr. Debr. 90 Rtl. Gerste pr. Debr. 55 Rtl. Häfer pr. Debr. 50 Rtl. Raps pr. Debr. 92 Rtl.

Rübsöl still, loko 10½ Rtl., pr. Debr. 10½ Rtl., Debr. Jan. und Jan.-Febr. 10 Rtl., März 10½ Rtl., April-Mai 10½ Rtl.

Spiritus niedriger, gef. 15,000 Quart, loko 19½—½ bz. u. Gd., 19½ Rtl., pr. Debr. 19½—½ bz., Debr. Jan. und Jan.-Febr. 19½ bz., April-Mai 19½ Gd.

Sink fest, — ohne Umsaz. Die Börsen-Kommission. (Bresl. Börs.-Bl.)

Görlitz, 19. Debr. Weizen (weiß) 3 Thlr. 25 Sgr. bis 4 Thlr. 2½ Sgr., Weizen (gelb) 3 Thlr. 15 Sgr. bis 4 Thlr. — Sgr., Roggen 2 Thlr. 20 Sgr. bis 3 Thlr. — Sgr., Gerste 2 Thlr. — Sgr. bis 2 Thlr. 5 Sgr., 5 Sgr. bis 1 Thlr. 8½ Sgr., Erbsen 2 Thlr. 20 Sgr. bis 3 Thlr. 2½ Sgr., Kartoffeln 18 Sgr. bis 20 Sgr., Stroh a Schock 6 Thlr. — Sgr. bis 6 Thlr. 15 Sgr., Heu a Centner 20 Sgr. bis 25 Sgr., Butter a Pfund 8 Sgr. bis 9 Sgr.

Magdeburg, 20. Debr. Weizen 86—90 Rtl., Roggen 76—78 Rtl., Gerste 50—54½ Rtl., Häfer 31—32½ Rtl.

Kartoffelspiritus. Soloware behauptet, Termine still. Loko ohne Faß 20 a 19½ Rtl., pr. Debr. Jan. und Jan.-Febr. 20 Rtl., März 20½ Rtl., April-Mai 20½ Rtl., Juni-Juli 21½ Rtl., Juli-August 22 Rtl. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde a 1½ Rtl. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus behauptet. Loko fehlt. Januar-Mai 19½ Rtl. (Magdb. Stg.)

Bromberg, 20. Debr. Wind: N. Witterung: Trübe. Morgens 2° Kälte. Mittags 1° Kälte. Weizen 124—128½ Pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Söllgewicht) 90—96 Thlr. pr. 2125 Pfd. Söllgewicht, 129—131½ Pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 12 Lth. Söllgewicht) 98—101 Thlr. pr. 2125 Pfd. Söllgewicht. Feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 118—122½ Pfd. holl. (77 Pfd. 18 Lth. bis 80 Pfd. 16 Lth. Söllgewicht) 68—70 Thlr. pr. 2000 Pfd. Söllgewicht, schwere Qualität 1 Thlr. höher. Roggerbsen 66—68 Thlr., Futtererbsen 62—64 Thlr. pr. 2250 Pfd. Söllgewicht.

Große Gerste 52—55 Thlr. pr. 1875 Pfd. Söllgewicht. Spiritus 20½ Thlr. p. 8000 % Tr. (Bromb. Stg.)

Telegraphische Börsenberichte. Köln, 20. Debr., Nachmittags 1 Uhr. Trübes Wetter. Weizen behauptet, loko 9, 20, pr. Debr. 9, 4, pr. März 9, 8½, pr. Mai 9, 11. Roggen still, loko 8, 5, pr. März 8, 1, pr. Mai 8, 2½. Rübsöl unver-

ändert, loko 12½, pr. Mai 12½/20. Weindöl fester, loko 12½. Spiritus loko 24½.

Hamburg, 20. Debr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide-markt. Weizen und Roggen loko ohne Kaufloft. Termine matter. Roggen niedriger. Weizen pr. Debr. 5400 Pfd. netto 167 Bantothaler Br., 166 Gd., pr. Debr. Jan. 164 Br. u. Gd., pr. Frühjahr 167 Br., 166½ Gd. Roggen pr. Debr. 5000 Pfd. Brutto 136½ Br., 136 Gd., pr. Debr. Jan. 135 Br., 134 Gd., pr. Frühjahr 131 Br., 130 Gd. Häfer sehr stille. Rübsöl fest, loko 22½, pr. Mai 23½. Spiritus ohne Kaufloft, 29. Kaffee ruhig. Sinter sehr geschäftslos.

London, 20. Debr., Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Gesamtzufuhren seit vergangener Montag: Weizen 35,440, Gerste 3830, Häfer 55,860 Quarters.

Weizen fremder, nur Detailumsatz zu unveränderten Preisen. Gerste und Häfer schleppendes Geschäft. Tag 43½.

London, 20. Debr., Nachmittags. Im Zuckerhandel gutes Detailgeschäft, da von heute bis 2. Januar der Markt geschlossen ist. Reis ruhig. In Sinter keine Verkäufe, da die Gebote zu niedrig waren.

Liverpool (via Haag), 20. Debr., Nachmittags. (Von Springmann & Comp.) Baumwoll: 10,000 Ballen Umsatz. New Orleans 7½, Georgia 7½, fair Dholerah 5½, middling fair Dholerah 5½, good middling Dholerah 5½, Bengal 4½, good fair Bengal 5½, New fair Domra 5½, good fair Domra 6.

Paris, 20. Debr., Nachmittags. Rübsöl pr. Debr. 93, 00, pr. Januar-April 93, 00, pr. Mai-August 93, 00. Mehl pr. Debr. 90, 00, pr. Januar-April 87, 50. Spiritus pr. Debr. 64, 00.

Petersburg, 20. Debr., Nachmittags. Getreidemarkt. Stilles Geschäft. Roggen zum Export 10. Häfer 4, 95.

Amsterdam, 20. Debr., Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen loko schleppend, pr. März 297½, pr. Mai 297½. Raps pr. Oktober 63½. Rübsöl pr. Mai 37½, pr. November-Dezember 38½.

Antwerpen, 20. Debr. Petroleum eröffnete 45.

Antwerpen, 20. Debr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Raffin., Type weiß, loko 45½ bez. u. Br., pr. Debr. 45 bez., 45½ Br., pr. Januar 45½ bez., pr. Februar 45 bez.

Philadelphia, 19. Debr. (Pr. atlantisches Kabel.) Petroleum raffiniert, Type weiß, 25.

Philadelphia, 19. Debr., Abends. (Per atlantisches Kabel.) Petroleumpreise nominell wegen drohender Gefahr des Schiffahrtsschlusses durch Eis.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1867.

Wasserstand der Warthe. Posen, am 20. Debr. 1867 Vormittags 8 Uhr 2 Fuß — Boll. 21. 2. 4.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 20. Dezember 1867.

Preussische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4½ 96½ bz

Staats-Anl. 1859 5 102½ bz

do. 54, 55, 57 4½ 96½ bz

do. 56 4½ 96½ bz

do. 1859, 1864 4½ 96½ bz

do. 50, 52 conv. 4 90 bz

do. 1853 4 90 bz

do. 1862 4 90 bz

Präm. St. Anl. 1855 3½ 115½ bz

Staats-Schuld. 3½ 83½ bz

Rurh. 40 Thlr. Rente 3½ 73½ bz

Rurh. u. Rhein. Schld. 5 101½ bz

Berl. Stadt-Dbl. 4 96½ bz

do. do. 4 96½ bz

do. do. 4 96½ bz

Berl. Börsen-Dbl. 5 100½ bz

Rurh. u. Rhein. 4 76½ bz

Märkische 4 85½ bz

Ostpreussische 3½ —

do. 4 83½ bz

do. 4 76½ bz

do. 4 86½ bz

Posenische 4 —

do. 4 85½ bz

do. 4 83½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

do. 4 82½ bz

Ausländische Fonds.

Deutr. Metalliques 5 46½ bz

do. National-Anl. 5 54½ bz

do. 250 fl. Präm. Dbl. 4 63½

do. 100 fl. Kred. Loose 4 72½ bz

do. 50 fl. Rente (1860) 5 68½ bz

do. 50 fl. Rente (1864) 4 42½ bz

do. 50 fl. Rente (1864) 5 60½ bz

do. 50 fl. Rente (1864) 5 44½ bz u. G

do. 50 fl. Rente (1864) 5 61½

do. 50 fl. Rente (1864) 5 75½

do. 50 fl. Rente (1864) 5 85½

do. 50 fl. Rente (1864) 5 51½

do. 50 fl. Rente (1864) 5 85½

do. 50 fl. Rente (1864) 5 87½

do. 50 fl. Rente (1864) 5 84½

do. 50 fl. Rente (1864) 5 102½

do. 50 fl. Rente (1864) 4 gr 63 bz

do. 50 fl. Rente (1864) 4 62½

do. 50 fl. Rente (1864) 4 92 Rtl bz

do. 50 fl. Rente (1864) 4 52½

do. 50 fl. Rente (1864) 4 94½

do. 50 fl. Rente (1864) 6 77½ bz

do. 50 fl. Rente (1864) 4 28½ etw bz

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ 94½

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

do. 50 fl. Rente (1864) 3½ —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 82½

do. II. Em. 4 82½

do. III. Em. 4 89 bz

Aachen-Maffricht 4 73½

do. II. Em. 5 76½

Bergisch-Märkische 4 93 etw bz

do. II. Ser. (conv.) 4 76½

do. III. S. 3 (M. S.) 3 76½

do. Lit. B. 3 76½

do. IV. Ser. 4 93

do. V. Ser. 4 90½

do. Düsseldorf 4 —

do. II. Em. 4 —

do. III. Em. 4 —

do. IV. Em. 4 —

do. V. Em. 4 —

do. VI. Em. 4 —

do. VII. Em. 4 —

do. VIII. Em. 4 —

do. IX. Em. 4 —

do. X. Em. 4 —

do. XI. Em. 4 —

do. XII. Em. 4 —

do. XIII. Em. 4 —

do. XIV. Em. 4 —

do. XV. Em. 4 —

do. XVI. Em. 4 —

do. XVII. Em. 4 —

do. XVIII. Em. 4 —

do. XIX. Em. 4 —

do. XX. Em. 4 —

do. XXI. Em. 4 —

do. XXII. Em. 4 —

do. XXIII. Em. 4 —

do. XXIV. Em. 4 —

do. XXV. Em. 4 —

do. XXVI. Em. 4 —

do. XXVII. Em